

**Wahlprogramm**  
**zur Landtagswahl 2000**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Nordrhein-Westfalen

(Beschlossen auf dem Landesparteitag  
in Düsseldorf am 11.12.1999)



Freie Demokratische Partei, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Postfach 32 03 48 40418 Düsseldorf  
Wolfgang-Döring-Haus, Sternstr. 44, 40479 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 4 97 09 - 0, Telefax 02 11 / 4 97 09 - 10  
e-Mail: nrw@fdp.de Internet: www.fdp-nrw.de

## **Wahlprogramm zur Landtagswahl in NRW am 14. Mai 2000**

- 1. Bildung hat für die F.D.P. Vorrang**
- 2. Weniger Staat, weniger Bürokratie**
- 3. Mittelstand schafft Arbeitsplätze**
- 4. Mobilität hat Vorrang in der Verkehrspolitik**
- 5. Für eine moderne Sozial- und Familienpolitik**
- 6. Innere Sicherheit stärken,  
Rechtsstaatlichkeit wahren**

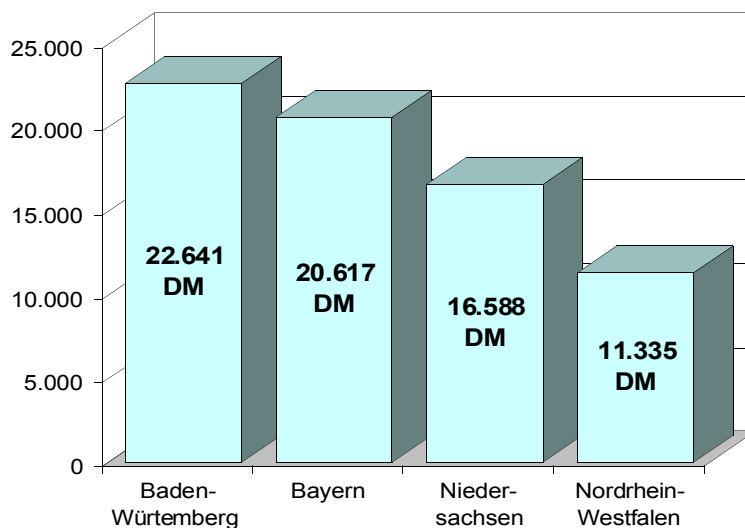
Beschluss des a.o. Landesparteitages am 11.12.1999

## **Bildung hat für die F.D.P. Vorrang!**

Wissen ist in unserer Welt ein zentraler Standortfaktor geworden. Unsere Jugend braucht Perspektiven und Chancen, um an den Innovationen teilzuhaben. Die Bildungspolitik ist unter der rot-grünen Landesregierung in den Randbereich verdrängt worden, obwohl die Länder im Zusammenspiel mit dem Bund hier die größten Gestaltungsmöglichkeiten haben. In keinem anderen Politikfeld hat das Land Nordrhein-Westfalen weitergehende Kompetenzen als im Bildungsbereich.

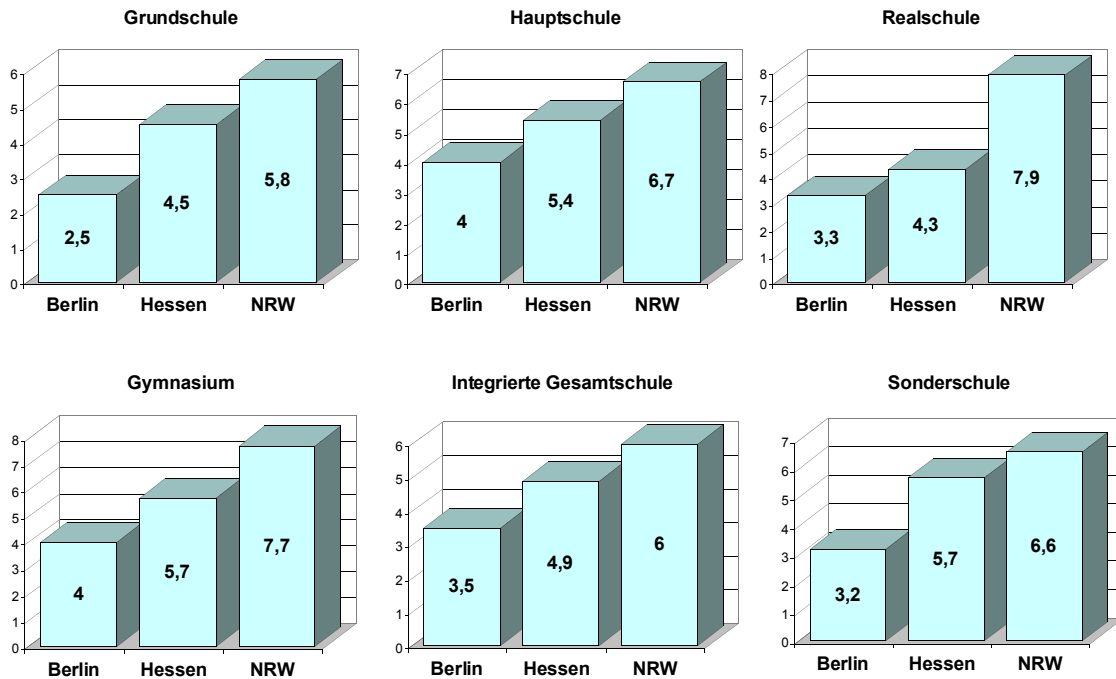
Seit 20 Jahren regieren die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen allein mit absoluter Mehrheit (1980 bis 1995) oder zusammen mit den Grünen (ab 1995). Sie tragen somit die volle Verantwortung für die Bildungspolitik in unserem Land. Welchen Stellenwert die SPD der Bildung zugebilligt hat, belegen die Zahlen im Ländervergleich:

### **Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung an Hochschulen je Studierenden nach Ländern, (Soll) 1998**



(Quelle: Statistisches Bundesamt)

### Unterrichtsausfall in Prozenten pro Jahr: Drei Länder-Beispiele



(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 1999)

Die Gefahr, wegen mangelnder Qualifikation arbeitslos zu werden, wächst. Nordrhein-Westfalen hat nach Angaben der Kultusministerkonferenz der Länder die schlechteste Schüler-Lehrer-Relation. Das heißt, die Klassen sind zu groß. Die Gesamtschule, das Vorzeigeprojekt sozialdemokratischer Bildungspolitik, ist gescheitert: Nationale und internationale Studien haben bewiesen, dass Gesamtschüler schlechter ausgebildet werden, und dass sie geringere Leistungen und eine schlechtere Sozialkompetenz aufweisen. Kostenvergleiche zwischen den bestehenden Schulformen haben gezeigt, dass Gesamtschulen teurer als Haupt-, Realschule und Gymnasium sind. **Fazit: Die rot-grüne Landesregierung hat in der Bildungspolitik versagt!**

### **Die F.D.P. rückt die Bildung wieder in den Mittelpunkt der Landespolitik!**

Wegen des anhaltend hohen Unterrichtsausfalls werden wir in einem Sofortprogramm ein Unterrichts-Sicherungsgesetz einbringen und die dafür notwendigen Finanzmittel für mehr Lehrerstellen und örtliche Stellenreserven bereitstellen. Erforderlich sind darüber hinaus aber auch grundlegende Reformen und Verbesserungen: Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen in NRW müssen hinsichtlich ihrer Ausstattung moderner und bezüglich ihrer Aktivitäten internationaler werden.

Wir beseitigen im Bildungsbereich die planwirtschaftlichen Vorgaben zugunsten von mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung, mehr Leistung, mehr Wettbewerb. Wir treten ein für individuelle Chancengerechtigkeit, statt ideologischer Gleichmacherei, die die Schüler in den

persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten einschränkt. Wir fordern aber nicht einfach nur mehr Leistung, wir wollen die bestmögliche Förderung aller. Lernschwache und hochbegabte Kinder sind gleichermaßen zu fördern. Das bedeutet auch Förderung von Hochbegabten in Schule und Hochschule – Nordrhein-Westfalen braucht Leistungseliten.

Wir werden den Haushalt des Landes NRW entscheidend zugunsten der Bildung verändern: Bildung wird von uns in den Mittelpunkt der Landespolitik gerückt. Als ersten Schritt fordern wir in der kommenden Legislaturperiode ein Drei-Milliarden-Sonderprogramm für die Bildung:

- |  |
|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ eine Milliarde DM für die Verbesserung der Ausstattung an Schulen und Hochschulen,</li> <li>▪ eine Milliarde DM für Verbesserung der Personalausstattung an Schulen,</li> <li>▪ eine Milliarde DM für Verbesserungen der Personalausstattung an Hochschulen.</li> </ul> |
|--|

Zu finanzieren ist das Programm durch die Privatisierung von Landesbeteiligungen, Umschichtungen im Haushalt, den Abbau von Subventionen und durch eine konsequente Entbürokratisierung. Außerdem durch die Stärkung der kommunalen Finanzkraft im Rahmen des Finanzausgleichs, damit die kommunalen Schulträger ihren Anteil für die Bildungspolitik nachhaltig leisten können.

Was muss getan werden, um die Kinder in Nordrhein-Westfalen wieder angemessen auszubilden und ihnen in Deutschland und in Europa die gleichen Chancen einzuräumen wie den Gleichaltrigen in anderen Ländern?

Den Schülern und den Studenten in Deutschland werden auf ihrem Weg ins Berufsleben mindestens vier Jahre ihrer wertvollen Zeit gestohlen. Die Kinder werden damit im zusammenwachsenden Europa um gleiche Chancen und vergleichbare Voraussetzungen betrogen: Es wird oft zu spät eingeschult; sie brauchen 13 statt wie in fast allen anderen Ländern zwölf Jahre bis zum Abitur; die durchschnittliche Studiendauer liegt über 14 Semester, sie muss auf eine Durchschnittszahl von zehn Semestern – also zwei Jahre weniger – reduziert werden. Es ist ein Gebot der Fairness und der Chancengleichheit, unseren Kindern diese Jahre zurückzugeben.

„Leistung fördern“ und „Leistung fordern“ als Grundsatz der Ausbildung richten sich auf die unterschiedliche Befähigung, Begabung und Neigung der Schüler, Auszubildenden und Studenten. Deshalb darf es bei der schulischen Erziehung und der Ausbildung an den Hochschulen nicht nach dem Portemonnaie der Erziehungsberechtigten der Kinder und Jugendlichen gehen.

## **Grundschule**

Grundlage aller Bildung ist das sichere Beherrschen der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen. Hinzu kommen für eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung Schlüsselkompetenzen wie Gemeinschaftsfähigkeit, soziale Kompetenz, gewaltfreie Konfliktbewältigung, Lernfähigkeit und Lernkompetenz. Wir fordern für die Grundschule:

- Freie Wahl der Grundschule,
- Leistungsbewertung auch in Noten ab dem 1. Schuljahr,
- Grundsätzliche Beibehaltung der vierjährigen Grundschule,
- Fremdsprachenangebote ab 1.Klasse,
- Umgang mit dem Personal-Computer,
- Verbindliche Grundschulgutachten für den Übergang auf weiterführende Schulen, die den aufnehmenden Schulen vorgelegt werden müssen, ergänzt durch Aufnahmeprüfungen,
- Wiedereinführung der Kopfnoten.

### **Schulprofile und Transparenz schaffen**

Die Schullandschaft muss vielfältig sein. Ganztagesangebotsangebote für jede Schulform in jeder Stadt. Jede Schule soll ihr ganz eigenes Profil entwickeln. Pädagogische Programme müssen mit allen Beteiligten erstellt werden. Eigeninitiative und Selbstverantwortung gilt es zu fördern. Trotzdem, die Einheit in der Vielfalt muss gewahrt bleiben.

Die nordrhein-westfälischen Gesamtschulen schneiden im Leistungsvergleich katastrophal ab. Mit der F.D.P. wird es daher keine einzige neue Gesamtschule im Land geben. Die in NRW bestehenden Gesamtschulen sollen grundlegend reformiert, die Privilegien der Gesamtschulen sollen beseitigt werden.

Durch unterschiedliche Schulprofile entsteht ein Wettbewerb der Schulen. Schüler und Eltern benötigen jedoch umfassende Informationen über die Stärken und Schwächen der einzelnen Schulen. Hierzu ist jährlich ein Geschäftsbericht zu veröffentlichen, der die Leistungen der einzelnen Schule transparenter macht, der alle Leistungen der Schule beschreibt und somit einen Vergleich mit anderen Schulen erlaubt und mindestens folgende Angaben enthält:

- Wertefragen / Erziehungsauftrag
- Stundenausfall
- Schüler-Lehrer-Relation
- Breite des Fächerangebotes
- Entwicklung von Unterrichtsinhalten und -methoden
- Arbeitsgemeinschaften
- Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen
- Weiterbildungsintensität der Lehrer
- Austauschprogramme
- Öffentlichkeitsarbeit
- Schülerpraktika

Die F.D.P NRW setzt sich für eine Erlaubnis des „Schulsponsoring“ an allen Schulformen ein.

### **Mehr Freiraum für die Schulen**

Der staatliche Regulierungswahn muss eingedämmt werden. Wir fordern eine echte Delegation der Verantwortung an die Schulen: Schulen erhalten die Personal- und Budgetkompetenz. Sie entscheiden, welche Lehrer eingestellt werden und in welchem Umfang beispielsweise Praktiker aus der Arbeitswelt im Unterricht mitwirken. Nicht verbrauchte Budgetmittel sind auf das nächste Jahr übertragbar.

Lehrer sollen zukünftig nicht mehr als Beamte, sondern als Angestellte eingestellt werden. Die Vergütung und das Beförderungssystem sollen sich künftig nach Leistung anstelle von Berufsjahren richten. Kontinuierliche Fortbildung muss auch für die Lehrer zur Pflicht werden.

### **Höhere Leistungsanforderungen bei Abschlussprüfungen**

Wir fordern konkrete und höhere Leistungsanforderungen bei Schulabschlüssen, insbesondere beim Abitur:

- jeder Schüler kann sich einer freiwilligen, einheitlichen Mittelstufenprüfung nach Klasse 10 zur Aufwertung seines Schulabschlusses unterziehen,
- eine verbindliche „Mittlere-Reife-Prüfung“ für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe - auch für Gymnasiasten ist diese Prüfung verbindlich, sofern nicht nach Klasse 10 ein Notendurchschnitt von mindestens 3,0 erreicht wird,
- Abiturprüfung nach 12 Jahren mit dem Ziel, die Leistungsanforderungen am Gymnasium zu erhöhen,
- Deutsch, Mathematik und Englisch als verbindliche Abiturprüfungsfächer, die durchgängig bis zum Abitur auch nicht abwählbar sind - die Abiturprüfung muß zudem ein naturwissenschaftliches Fach sowie eine weitere Fremdsprache oder ein sozialwissenschaftliches Fach umfassen,
- jeder Schüler kann sich einer freiwilligen, einheitlichen Prüfung zum Abitur zur Aufwertung seines Schulabschlusses unterziehen.

### **Internet und Multimedia einsetzen**

Multimediakompetenz wird künftig beruflich, aber auch zur privaten Lebensführung unverzichtbar sein. Deshalb müssen Schulen und Hochschulen weit umfangreicher mit Multimedia-Computern ausgestattet werden als bisher. Jeder Schüler muss kompetent mit dem Internet, mit Multimedia-Systemen und Multimedia-Anwendungen umgehen können. Dies erfordert aber auch deutlich höhere Anstrengungen bei der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte im Umgang mit den neuen Multimediatechnologien. Nur so können wir unsere Jugend auf die künftigen Herausforderungen vorbereiten. Wir fordern deshalb:

- Jedes Klassenzimmer erhält freien Zugang zum Internet.
- Schulen müssen umgehend umfassend mit PCs ausgestattet werden. Die Finanzierung hierzu erfolgt durch ein Bündnis aus Land, Gemeinden, Schulträgern, Wirtschaft und Eltern.
- Im Rahmen der Gleichwertigkeit von Studium und dualer Berufsausbildung erhalten mindestens alle Berufsschüler eine E-Mail-Adresse. In den Berufsschulen werden Computer, Internet- und Multimediaanwendungen gestellt und deren Nutzung ermöglicht.
- An Landesbibliotheken und Bibliotheken an Universitäten und Schulen sollen elektronische Informationsmedien wichtiger werden und den reinen Bücher-Erwerb sinnvoll ergänzen.

## **Schule und Arbeitswelt besser verzahnen**

Wir brauchen eine Schule, die sich den gesellschaftlichen Veränderungen öffnet und diese viel stärker als bisher zum Gegenstand des Unterrichts macht. Wir fordern darum:

- Im Rahmen des Fachbereichs Sozialwissenschaften soll der Bereich der Ökonomie stärker berücksichtigt werden.
- Betriebspraktika für Lehrer, damit sie aufgrund ihrer betrieblichen Erfahrung die Arbeitswelt besser in den Unterricht einbeziehen können.
- Praktiker in den Unterricht einbeziehen, zum Beispiel Handwerker, Kaufleute, Unternehmer, Künstler, Naturwissenschaftler, Sozialarbeiter, Ärzte, Verwaltungsfachleute.
- eine gründliche Modernisierung der Lehrmittel - auch der Schulbücher, um die gesellschaftliche Wirklichkeit unserer Zeit darzustellen. Die Rolle der Technik als Mittel des Fortschritts, die Bandbreite und der Wandel von Berufen und Qualifikationsanforderungen sollen zeitgerechter vermittelt werden. Unternehmertätigkeit und Freiberuflichkeit als Berufsgrundlage sind angemessener zu berücksichtigen.
- Aufwertung der beruflichen Bildung, zum Beispiel durch bilinguale Bildungsgänge auch an Berufsschulen. Berufliche Bildungsgänge sollen zudem mit Angeboten der Hochschule stärker vernetzt werden, um die Berufsausbildung attraktiver zu gestalten.
- Abschaffung des zweiten Berufsschultages

## **Internationale Bildungskontakte und Bildungsangebote verbessern**

Modernität im Denken und Handeln setzt auch internationale Bildungskontakte, Austauschprogramme und Wissenschaftstransfer voraus. Wir regen internationale Schulpartnerschaften und virtuelle Hochschul-Kooperationen an. Internationaler Schüler- und Lehreraustausch sollen regelmäßig erfolgen. Auslandssemester für Studenten sind zu fördern und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Scheinen und Qualifikationen zu vereinfachen. Für die Erteilung eines muttersprachlichen Unterrichts für Schüler, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, ist die Beschäftigung ausländischer Lehrkräfte in NRW zu forcieren.

## **Die Autonomie der Hochschulen stärken**

Unsere Hochschulen werden durch den Staat mit einer Flut von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen gegängelt. Hinzu kommen Beschlüsse der akademischen Selbstverwaltung nach dem Kollegialprinzip, die oft nur auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners getroffen werden.

Wir Liberale wollen mehr Freiräume für die Hochschulen, damit sie handlungsfähiger werden. Wir wollen Hochschulen, die nicht als nachgeschaltete Behörden oder rechtliche Anstalten behandelt werden. Hochschulen sollen in der Lage sein, ihre Aufgaben in Selbstverwaltung und Selbstverantwortung wahrzunehmen. Wir fordern deshalb:



### **1. Eine Finanzautonomie mit eigener Budgetverantwortung**

Einführung von Globalhaushalten, wodurch die Hochschulen über die Ausgaben der staatlichen Zuweisungen frei verfügen dürfen. Auch die zeitlich befristete Übertragbarkeit von Mitteln ist möglich.

### **2. Eine umfassende Organisationsstruktur-Reform**

Hochschulen dürfen sich nach eigenen Bedürfnissen entsprechend ihrer Größe, Kultur und Tradition organisieren. Sie entscheiden frei über die Anzahl und Art von Senatskommissionen, die Aufgaben und Zahl von Prorektoren bzw. Vizepräsidenten oder die Existenz und Aufgaben von zentralen Einrichtungen. Erforderlich ist die Trennung von politischen, strategischen und operativen Verantwortlichkeiten und die Einführung von Hochschulräten, die nach Art von Aufsichtsräten echte Kompetenzen haben – etwa für Studien- und Prüfungsordnungen sowie bei Personalentscheidungen der Hochschule.

### **3. Eine vollständige Personalautonomie**

Die Hochschulen müssen sich aus dem starren Regelwerk des öffentlichen Dienst-, Tarif- und Arbeitsrechtes lösen und eine eigenständige Personalpolitik realisieren. Sie erhalten die Dienstherreneigenschaft sowie die Tariffähigkeit. Diese Flexibilität ermöglicht eine attraktive und wettbewerbsfähige Ausgestaltung vorhandener oder neu zu besetzender Stellen. Konkret heißt das: Hochschullehrer werden künftig nach Leistung bezahlt. Ihre Einstellung erfolgt nicht mehr im Beamten-, sondern im Angestelltenverhältnis.

### **4. Eine veränderte Hochschulfinanzierung**

Mehr Wettbewerb unter den Hochschulen erfordert auch Veränderungen bei der Finanzierung. Die Finanzmittel für Lehraufgaben müssen an die Nachfrage gekoppelt werden. Wir wollen grundsätzlich die Einführung von Studienschicks für das Erststudium und eine Studien- und Prüfungsordnung nach dem „Credit-Point-System“ (Summe abschnittsweiser Teilleistungen statt eines zufälligen Block-Prüfungstermins).

### **5. Eine privatisierte Hochschule im Rheinland, eine an der Ruhr und eine in Westfalen**

Um die international führende Rolle deutscher Hochschulen wieder herzustellen, wollen wir neue Wege einschlagen. Wir werden in NRW in einem Modellprojekt je eine Universität und eine Fachhochschule im Rheinland, eine im Ruhrgebiet und eine in Westfalen in eine Aktiengesellschaft oder eine Stiftungshochschule umwandeln. Dieses Modell bietet flexible Möglichkeiten:

- eine stärkere Kundenorientierung der Hochschulen gegenüber in- und ausländischen Studenten zu entwickeln,
- die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft bei der Bildungsfinanzierung zu optimieren,
- den Zugang ausländischer Lehrkräfte und Forscher zu erleichtern,
- die Hochschulleistungen transparenter zu gestalten und zu optimieren,
- den Wettbewerb um Studenten und Preise für ausgezeichnete Ergebnisse zu fördern.

### **6. Eine virtuelle Universität schaffen**

Wir schlagen vor, die Fernuniversität Hagen zur führenden deutschen Multimedia-Universität auszubauen.

### **7. Die ZVS abschaffen**

Wir fordern die Abschaffung der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze (ZVS). Künftig soll jeder Student seine Hochschule und jede Hochschule ihre Studenten selbst aussuchen.

# Weniger Staat, weniger Bürokratie!

Eine Flut von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen erschweren das tägliche Leben der Bürger. Der Einzelne hat mittlerweile den Überblick verloren, zieht sich resigniert zurück oder muss sich teurer Berater bedienen, um im Kampf gegen die Bürokratie zu bestehen. Hinzu kommt, dass die Personalkosten der Beschäftigten und der Ruheständler im öffentlichen Dienst in Zukunft nicht mehr zu bezahlen sein werden. Es ist abzusehen, wann die Steuereinnahmen von den Personalkosten und Schuldzinsen aufgezehrt werden.

Allein das Bundesrecht umfaßt 1.928 Gesetze, 2.946 Rechtsverordnungen mit 84.900 Einzelschriften. In Nordrhein-Westfalen bemühen sich nur im Bereich der sogenannten Mittelbehörden schon über 700 Behörden um das „Wohl“ der Bürger. Es wird höchste Zeit, dass dieser Politik Einhalt geboten wird, damit die Verwaltung verkleinert werden kann. Die Politik hat immer mehr Verwaltungsaufgaben erzeugt und durch die Schaffung von Mehrfachzuständigkeiten und Verflechtungen die Beschäftigung mit sich selbst in den Behörden angeheizt.

Bei der Überprüfung von Verwaltungsvorschriften hat der Rechnungshof festgestellt, dass bei jeder sechsten Vorschrift nicht leicht zu erkennen ist, was die Vorschrift überhaupt regelt, und dass bei jeder dritten Vorschrift nicht leicht zu erkennen ist, wer den Inhalt kennen und danach handeln muss.

Der politische Abbau der Regulierungswut muss einhergehen mit der Verschlankung der Verwaltung. Eine Verwaltungsstrukturreform in NRW ist seit langen Jahren überfällig. In keinem Bundesland werden staatliche Aufgaben von so vielen unübersichtlichen Behörden wahrgenommen. Die Schubladen der Landesregierung quellen über von teuren Gutachten, deren bisherige Kosten sich diametral zu den bisher erreichten Reformergebnissen verhalten. Während in Nordrhein-Westfalen Reformstillstand zu vermelden ist, handeln andere Bundesländer: In dem von der F.D.P. mitregierten Rheinland-Pfalz sind in den letzten Jahren die Verwaltungsvorschriften von etwa 6.000 auf 772 reduziert worden. Es geht also.

Die F.D.P. nimmt als einzige Partei in NRW den Kampf gegen die ausufernde Bürokratie ernsthaft auf. Wir setzen uns für die nächste Legislaturperiode vier Ziele:

## 1. Den politischen Apparat verschlanken

Im Kampf gegen die ausufernde Bürokratie haben wir zuerst die Verursacher der immer neuen Verwaltungsaufgaben im Visier, die durch unermüdlichen Fleiß immer neue Arbeitsbeschaffungsprogramme für die Verwaltung produzieren.

- Die Zahl der derzeit 201 Landtagsabgeordneten in Düsseldorf wollen wir auf 151 Abgeordnete reduzieren.
- Die Zahl der Parlamentsausschüsse wollen wir um ein Drittel reduzieren.
- Die Landtagsverwaltung wollen wir ebenfalls um ein Drittel reduzieren.
- Die Parlamentsarbeit wollen wir auf Grundsatzentscheidungen konzentrieren.
- Abgeordnete, die gleichzeitig ein Ministeramt innehaben, erhalten während ihrer Amtszeit als Minister keine Diäten.
- Minister und Abgeordnete haben für ihre Altersversorgung privat vorzusorgen oder entsprechende Beiträge für eine staatliche Altersversorgung von ihren Bezügen zu entrichten.

## 2. Gesetze, Verordnungen und Erlasse massiv abbauen

Immer wieder ist die Rede davon, dass die Zahl der Gesetze und Erlasse eingedämmt werden soll. Aber von Legislaturperiode zu Legislaturperiode nimmt deren Zahl ständig zu. Da helfen nur noch unkonventionelle Schritte:

- Alle vor der Landtagswahl bereits verabschiedeten Gesetze müssen in der kommenden Legislaturperiode bestätigt werden, ansonsten entfallen sie ersatzlos.
- Bündelung vielfältiger Umweltvorschriften in einem übersichtlichen Umweltgesetzbuch
- Umweltkompetenz von den Ländern zum Bund. Statt zum Beispiel 16 verschiedene Landeswasser- und Landesabfallgesetze mit jeweiligen Durchführungsverordnungen nur noch ein Gesetz mit einer Durchführungsverordnung (Umweltgesetzbuch)

## 3. Öffentliche Aufgaben konsequent privatisieren

Zuallererst ist eine umfassende und konkrete Aufgabenkritik erforderlich. Jede Aufgabe ist darauf zu untersuchen, ob sie ganz oder teilweise entfallen kann und ob private Anbieter die Leistungen gleichwertig erbringen können.

Für jede Aufgabe, die die öffentliche Verwaltung für sich beansprucht, muss auch von ihr der Beweis der Notwendigkeit erbracht werden. Nicht der Privatisierung darf die Beweislast auferlegt werden, sondern der Staatlichkeit. Die Privatisierungsmöglichkeiten sind auch beim Land NRW zahlreich: Staatshochbauverwaltung, Bauunterhaltung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung, Ver- und Entsorgung und vieles mehr.

Es darf in diesem Zusammenhang aber keine Scheinprivatisierungen geben, bei denen schlicht nur die Rechtsform eines Unternehmens geändert wird, die Kapitalmehrheit aber bei der öffentlichen Hand verbleibt. Das Land NRW muss sich von allen unternehmerischen Aufgaben und von seinen Finanzbeteiligungen lösen. Beispiele: WestLB, LEG Landesentwicklungsgesellschaft, Rheinland Köln Wohnungsgesellschaft, Flughafen Köln/Bonn GmbH, Duisburg – Ruhrorter Häfen AG, Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW mbH, Messegesellschaften und viele mehr.

## 4. Die Verwaltung verschlanken, Kosten senken

- **Klare Zuständigkeiten, klare Verantwortungsbereiche**  
Die Freien Demokraten halten nichts von dubiosen „Dienstleistungszentren“, deren Verantwortlichkeiten nicht zu durchschauen sind. Mal zeichnet das Land, mal ein Kommunalverband, mal ein zu wählender Rat verantwortlich. Das kann nicht gut gehen. Wenn es unangenehm wird, verschanzt sich jeder hinter dem anderen. Die wenigen Aufgaben, die nicht den Gemeinden, Städten und Kreisen übertragen werden, sollen beim Land verbleiben und damit der alleinigen Kontrolle des Landesparlamentes unterliegen.
- **Bürgerbeteiligung stärken**  
Die Gesetzgebung in NRW wollen wir reformieren. Die Hürden für ein Bürgerbegehren wollen wir senken und die Zeit für die Sammlung der Unterschriften verlängern.

- **Kommunale Selbstverwaltung stärken**

Die F.D.P. widerspricht der Absicht der rot-grünen Landesregierung, den kommunalen Einfluss auf regionale Angelegenheiten zugunsten größerer Einflussnahme des Landes zu mindern. Die Liberalen fordern, möglichst viele Aufgaben der Bezirksregierungen, der Landschaftsverbände und der Sonderbehörden auf die Gemeinden, Städte und Kreise zu übertragen und dabei ganze Verwaltungsebenen abzuschaffen. Die Gemeinden, Städte und Kreise müssen freie Hand erhalten, sich in Zweckverbänden zu organisieren.

- **Mehr Entscheidungsfreiheit für Bürger und Gemeinden**

Gemeinde, Städte und Kreise müssen mehr Entscheidungsfreiheit erhalten. Die Gemeinden müssen zum zentralen Ansprechpartner der Bürger werden. Die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte ist von den Kommunalwahlen zu trennen und ihre Amtszeit ist auf acht Jahre zu verlängern, damit eine wirkliche Persönlichkeitswahl und keine Parteienwahl erfolgt. Kumulieren und Panaschieren sollen bei den Kommunalwahlen eingeführt werden. Die Gemeindeordnung NRW ist dahin gehend zu verändern, dass die Rechte der Parteigruppierungen und Einzelpersonen ohne Fraktionsstärke in den Räten klar definiert werden. Auch diesen Parteivertretern ist ein Antragsrecht gemäß §48 GO NRW zu gewähren.

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden muss grundsätzlich untersagt werden. Lediglich bei Bestehen eines dringenden öffentlichen Zwecks ist sie innerhalb der Gemeindegrenzen zuzulassen, damit die gewerbliche Wirtschaft nicht durch subventionierte Verwaltungsfirmen gefährdet wird.

Gemeinden, Städte, und Kreise müssen mehr Entscheidungsfreiheit und weitgehende finanzielle Hoheit erhalten.

- **Mehr Transparenz durch kaufmännisches Rechnungswesen**

Das wichtigste Reformprojekt sowohl in der kommunalen als auch in der staatlichen Verwaltung ist, die Kameralistik (behördliche Ein- und Ausgabenrechnung) durch ein kaufmännisches Rechnungswesen sowie die Einführung von Kosten-/Leistungs-Rechnungen zu ersetzen, um die Kosten für die verschiedenen Leistungen von Gemeinden, Städten und Kreisen vergleichen zu können. So müssen für Pensionen der Landesbediensteten Rückstellungen gebildet werden, um zukünftige Generationen nicht zu belasten. Die Abschaffung der Kameralistik muss durchgängig bis hin zu den Haushaltsaufstellungserlassen erfolgen, damit die Verwaltung der öffentlichen Finanzen nicht doppelt erbracht wird - kaufmännisch in der Exekutive und kameralistisch für die Legislative.

- **Wettbewerb durch Leistungsvergleich (Benchmarking)**

Durch einen verpflichtenden Leistungsvergleich (Benchmarking) wird eine hinreichende Transparenz der Verwaltungsleistungen angestrebt. Allein diese Transparenz erzeugt den erforderlichen Anpassungsbedarf, ohne den der notwendige Bürokratieabbau kaum gelingen wird. Transparenz durch Leistungsvergleich sorgt für einen fairen Wettbewerb zwischen den Verwaltungen wie es der Preismechanismus in der Wirtschaft besorgt.

- **Die Verwaltungsstrukturreform nicht gegen die betroffenen Mitarbeiter, sondern mit den Mitarbeitern umsetzen**

Es darf nicht zugelassen werden, dass Tausende qualifizierter Mitarbeiter der Mittelbehörden zum Spielball der unterschiedlichsten Interessen der rot-grünen Landesregierung werden. Strukturreformen boxt man nicht gegen die Beteiligten durch. Dies führt unweigerlich zu Motivations- und Leistungsverlusten. Die F.D.P. setzt auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Überzeugende Konzepte lassen sich am besten zusammen mit den Mitarbeitern verwirklichen.

Der Abbau der Bürokratie eröffnet ein riesiges Einsparpotential. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat festgestellt, dass sich dort in Ministerien 40 Prozent des Personals ausschließlich mit sich selbst, das heißt mit der Verwaltung der Verwaltung beschäftigen. Die Unternehmensberatung „Roland Berger & Partner“ hat errechnet, dass eine Reform der staatlichen Verwaltung jährlich ein Einsparpotential von 12 bis 17 Prozent ermöglicht. Der Haushalt des Landes NRW umfasst ein jährliches Volumen von rund 93 Milliarden DM.

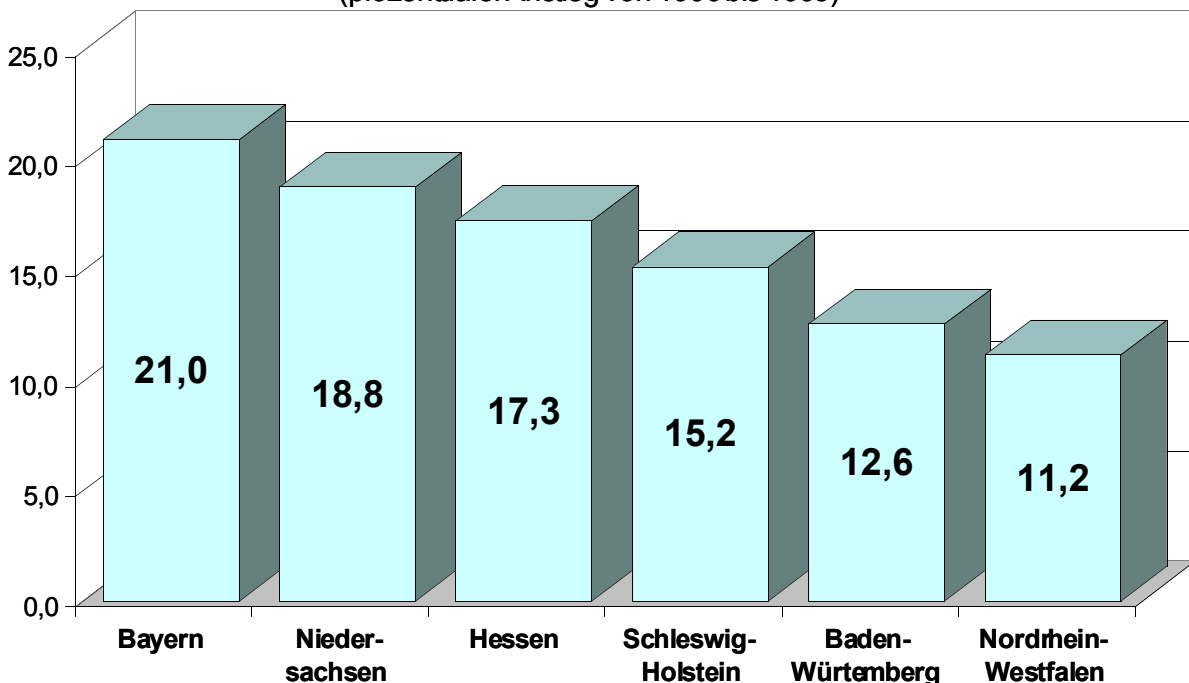
- Die F.D.P. will in der nächsten Legislaturperiode durch Bürokratieabbau 10 Milliarden DM einsparen.

## Mittelstand schafft Arbeitsplätze!

Der Mittelstand ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Er ist größter Arbeitgeber: Zwei Drittel aller Beschäftigten arbeiten in mittelständischen Betrieben. Mittelständische Betriebe erbringen weit über 80 Prozent der Ausbildungsleistungen, wobei den Handwerksbetrieben hierbei ein besonderer Verdienst zu kommt: Sie stellen allein über 40 Prozent der Ausbildungsplätze.

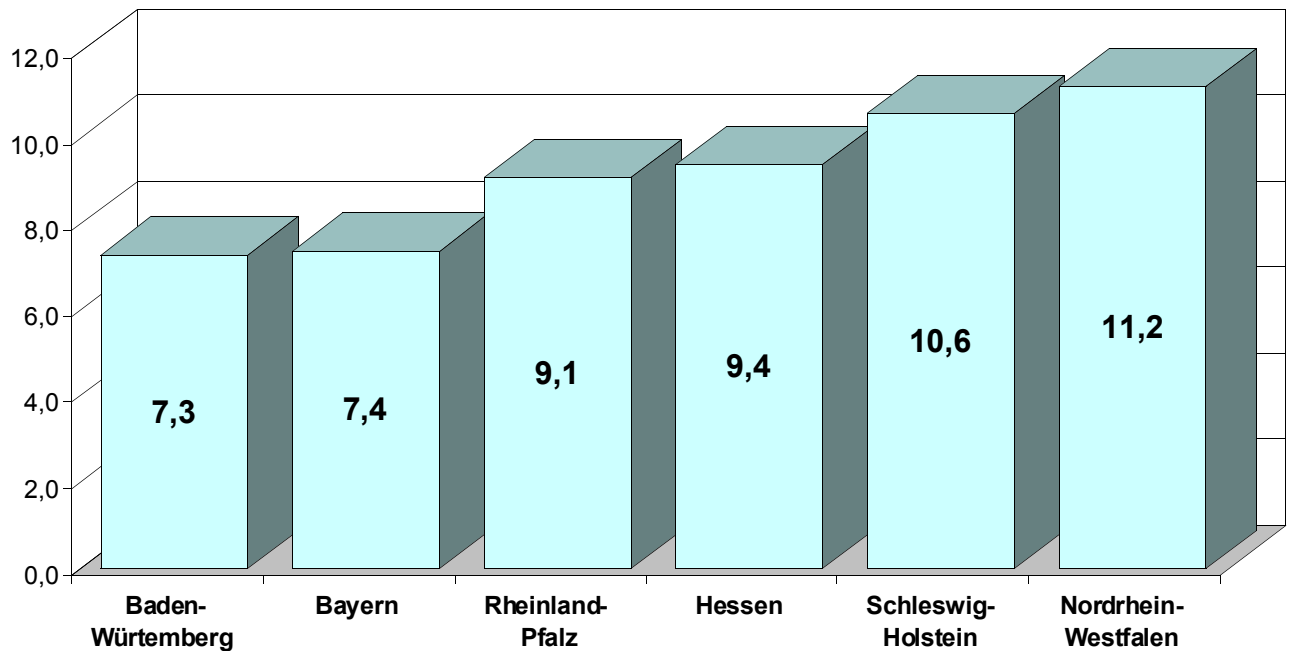
Die rot-grüne Landesregierung hat diese Gewichtung bis heute verkannt. Anstatt zum Wohl der Bürger genau diesen Mittelstand zu fördern, damit neue Arbeitsplätze entstehen, haben sich SPD und Grüne viel zu sehr auf die Großindustrie fixiert. So wurden in der letzten Legislaturperiode die Subventionen für die Montanindustrie erneut erhöht. Zudem wird das knappe Geld in Großprojekte, wie zum Beispiel die „Neue Mitte Oberhausen“ gelenkt, anstatt flächendeckend den Strukturwandel voranzutreiben. Dieses Fehlverhalten über viele Jahre ist wesentlich verantwortlich für die bestehende Wachstumslücke in NRW.

**Reales Wirtschaftswachstum in den westdeutschen Ländern**  
(prozentualer Anstieg von 1990 bis 1998)



(Quelle: Statistische Landesämter und Verband der Metall- und Elektroindustrie NRW e.V.)

### Arbeitslosenquote in westdeutschen Ländern 1999



(Quelle: Statistisches Bundesamt 1999)

## Ein 6-Punkte-Programm für den Mittelstand

Vor dem beschriebenen Hintergrund setzt sich die NRW-F.D.P. für einen entschiedenen Kurswandel in der Wirtschaftspolitik ein. Das sechs Punkte umfassende Mittelstandsprogramm ist so angelegt, dass es in der kommenden Legislaturperiode durch den Landtag oder über den Bundesrat realisiert werden kann:

### 1. Steuern senken

#### **Einkommen- und Körperschaftsteuer**

Wir brauchen eine Einkommen- und Unternehmensteuerreform, die ihren Namen auch tatsächlich verdient. Das ergibt neue Anreize für Selbständige und schafft neue Arbeitsplätze:

- Senkung der zu hohen Grenzbelastung der gewerblichen Einkünfte
- Senkung des Eingangssteuersatzes für die nicht-gewerblichen Einkünfte
- Senkung des Grenzsteuersatzes für die nicht-gewerblichen Einkünfte
- Spürbare Nettoentlastung bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage
- Radikaler Abbau steuerlicher Ausnahmeregelungen
- Einführung eines einfachen Stufentarifs beginnend mit
  - 15 Prozent für den Einkommensanteil vom steuerfreien Existenzminimum von zur Zeit 13.067 DM bis 20.000 DM
  - 25 Prozent für den Einkommensanteil von 20.001 DM bis 60.000 DM
  - 35 Prozent für den Einkommensanteil ab 60.001 DM
- Das Existenzminimum bleibt steuerfrei

- 
- Bei Verheirateten verdoppeln sich die vorgenannten Beträge für die Einkommensanteile
- Körperschaftsteuer 35 Prozent für einbehaltene und 25 Prozent für ausgeschüttete Gewinne

### **Gewerbsteuer**

Eine grundlegende Reform des Steuerrechts mit einer deutlichen Nettoentlastung der Steuerzahler und Unternehmen setzt zwingend einen Kurswechsel in der Subventionspolitik voraus. Es muss Schluss sein damit, dass der Mittelstand die Steuern zahlt, während andere die Subventionen kassieren. Die F.D.P. setzt sich für die Abschaffung der Gewerbsteuer ein. Zum finanziellen Ausgleich sollen die Gemeinden angemessene Anteile an den Aufkommen aus der Einkommen-/Körperschaftsteuer nebst Solidaritätszuschlag und der Umsatzsteuer erhalten.

Die bisherige Regelung zur Abschreibung von Anlagegütern (AfA) ist beizubehalten. Die geplante Verlängerung der Abschreibungsfristen verhindert Investitionen und ist fern jeder betriebswirtschaftlichen Realitäten.

## **2. Bürokratielasten abbauen, Genehmigungsverfahren beschleunigen**

Der Staat bedient sich in vielfältiger Hinsicht der Hilfe von Unternehmen. So verlagert er Verwaltungsaufgaben auf sie und verpflichtet sie, diese unentgeltlich zu erbringen. Besonders bedenklich ist, dass kleine und mittlere Unternehmen 96 Prozent dieser Bürokratiekosten aufzubringen haben. Es ist erforderlich, besonders Klein- und Kleinstunternehmen von bürokratischen Pflichten zu befreien.

Das Bonner Institut für Mittelstandsforschung hat die jährlichen Bürokratiekosten für die Wirtschaft errechnet: Durch behördliche Auflagen, komplizierte Genehmigungs- und Planungsverfahren, Datenerfassungen und komplizierte Steuergesetzgebung wird jeder Arbeitsplatz in einem mittelständischen Unternehmen jährlich mit 6.840 DM belastet.

Unsere Vorschläge:

- Verlängerung des Umsatzsteuervoranmeldungszeitraums von einem auf drei Monate, was dazu führt, dass die Zahl der Voranmeldungen von 36 auf 12 Millionen sinkt.
- Entwicklung einer einheitlichen und behördenübergreifenden Verdienstbescheinigung. Derzeit existiert ein Nebeneinander von weit über 20 unterschiedlichen Verdienstbescheinigungen.
- Vereinfachung der Statistikerhebungen.

Wenn der Abbau von Bürokratielasten nicht entscheidend voranschreitet, muss der Staat die Unternehmen für ihre Bearbeitungsleistungen entlohnen.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt für die Sicherung und Stärkung der wirtschaftlichen Standortattraktivität ist die Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Der Wirtschaftsstandort NRW läuft Gefahr, infolge langwieriger Planungs- und Genehmigungspraktiken mehr und mehr Investoren zu verlieren.



Gleichzeitig muss auch dafür gesorgt werden, dass Unternehmen, die Qualitätsmanagement und zum Beispiel Öko-Audit verwirklichen, eine Anerkennung bei Genehmigungs- und Überwachungsverfahren erhalten.

Die F.D.P. lehnt eine IHK-Zwangsmitgliedschaft ab. Die Beitragspflicht wird an eine freiwillige Mitgliedschaft gebunden.

Als Maßnahmen schlagen wir vor:

- generelle Einführung des Sternverfahrens bei gleichzeitiger Beteiligung sämtlicher Verfahrensbeteiligter, mit Angabe von strengen Rückäußerungsfristen,
- Nachforderungen von Unterlagen und Gutachten nur innerhalb der ersten 20 Werkzeuge,
- Einräumen einer Verlängerungsfrist nur durch die nächst höhere Behörde bei gleichzeitiger Benachrichtigung der zuständigen parlamentarischen Kontrollinstanz.
- Ermöglichung des vorzeitigen Baubeginns vor Abschluß aller Prüfungen.

EU-Richtlinien harmonisieren

- Die F.D.P. NRW setzt sich für einen gleichmäßigen Vollzug des europäischen Rechtes in der gesamten EU ein.

### **3. Ausbildung und Qualifizierung fördern**

#### **Betriebe bei der Qualifizierung Arbeitsloser konsequent einbinden**

In der Beschäftigungspolitik ist eine Umorientierung notwendig. Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) werden die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes nicht gelöst, sondern es wird oft staatlich subventionierte Konkurrenz für den Mittelstand geschaffen. Notwendig ist aber eine an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtete Qualifizierung von Arbeitslosen.

Sinnvoll ist in der betrieblichen Ausbildung deshalb eine Kombination zwischen einem grundlegenden Theorieblock und ergänzenden Praxisblöcken in mittelständischen Betrieben. Die tatsächlichen Anforderungen der betrieblichen Wirklichkeit fließen so in Qualifizierungen ein. Praktika können Arbeitslose neu motivieren und bieten die Möglichkeit, bereits erworbene Kenntnisse anzuwenden und zu vertiefen.

#### **Belange des Mittelstandes bei der Ausbildung stärker berücksichtigen**

Der Mittelstand als Berufsausbilder Nummer eins in NRW kann seine Ausbildungsleistungen nur dann fortsetzen, wenn seine Belange bei der Berufsbildungspolitik hinreichend berücksichtigt werden. Aus mittelstandspolitischer Sicht ist eine noch schnellere und flexiblere Anpassung der Ausbildungsverordnungen erforderlich: Wir brauchen dringend neue Berufsfelder und Berufsbilder, vor allem in den Dienstleistungsbereichen. Grundsätzlich spricht einiges dafür, einfachere zweijährige Ausbildungsberufe zu schaffen. Diese stärker praxisorientierten Berufe dienen vor allem der Integration von theorieschwächeren Jugendlichen. Außerdem muß es möglich sein, entsprechend regionaler und branchenmäßiger Besonderheiten, die Berufsschulzeiten noch flexibler zu organisieren. Dazu gehört auch eine stärkere Berücksichtigung betrieblicher Arbeitszeiten.

### **Ausbildung belohnen statt bestrafen**

Durch die Ausbildung von Jugendlichen wird die Jugendarbeitslosigkeit reduziert, soziale Probleme werden verringert und teure staatliche Ausbildungsprogramme überflüssig. Zur innerbetrieblichen Berufsausbildung gibt es keine auch nur annähernd gleichwertige Alternative. Eine hervorragende Bedeutung für die Erschließung zukünftiger Märkte und Arbeitsmarktpotentiale besitzen Existenzgründer und junge, innovative Unternehmen. Sie schaffen die Arbeitsplätze von morgen und deshalb ist es ausgesprochen wichtig, dass hier ausgebildet wird. Gerade aber für junge und kleine Unternehmen ist die Ausbildung besonders belastend und teuer.

Deshalb ist es gerechtfertigt, für Existenzgründer und junge Unternehmen eine Ausbildungsprämie für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu zahlen. Außerdem können Eigenkapitalhilfe-Programme des Bundes und des Landes zur Förderung selbständiger Existenzen durch das Förderkriterium „Zusätzliche Ausbildung“ ergänzt werden.

## **4. Selbständige fördern und 630-Mark-Jobs erhalten**

### **Rot-Grün vernichtet selbständige Existenzen**

Wie erste Erfahrungen mit dem Gesetz gegen Scheinselbständige zeigen, behindern die darin enthaltenen Regelungen massiv die Gründung und den Bestand von Existenzen. Vor allem die Beschränkung auf nur wenige Klassifikationsmerkmale führt dazu, dass als scheinselbständig gilt, wer in seinem Betrieb keinen weiteren Beschäftigten hat oder nur für einen einzigen Auftraggeber arbeitet. Das aber ist gerade bei Existenzgründungen in der Startphase die Regel. Bundesweit sind 50.000 selbständige Existenzen bedroht: EDV-Spezialisten sind durch die Regelung von Rot-Grün ebenso betroffen wie Journalisten, junge selbständige Rechtsanwälte oder Architekten.

### **Abbau der 630-DM-Jobs**

Morgens keine Zeitung, mittags kein Service im Restaurant und abends kein Training im Sportverein. Auf diesen Nenner läßt sich die Gesetzänderung bringen: Die neue, von Rot-Grün verursachte fehlende Attraktivität der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse führt eben nicht zu mehr Arbeitsplätzen, sondern zu Kündigungen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen. So rechnen Experten mit dem Verlust von 500.000 Jobs. Für viele fleißige Bürger und ihre Familien ist dadurch eine wichtige Zusatzeinnahmequelle verschüttet.

Die rot-grüne Landesregierung hat diesem gesammelten Unsinn mit schwerwiegenden Folgen im Bundesrat zugestimmt. Die F.D.P. wird im Landtag dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen im Bundesrat die Aufhebung der bestehenden Scheinselbständigen-Regelung und der 630-Mark-Regelung beantragt. Auch die neuerliche „Nachbesserung“ dieses Gesetzwerkes von Rot-Grün zeigt: dieses Gesetz gehört abgeschafft.

## **5. Tarifvertragsrecht flexibilisieren**

Der Flächentarifvertrag, der die Arbeitsplatzverhältnisse bis ins Detail bundeseinheitlich regelt, passt nicht mehr in die Landschaft. Undifferenzierte Einheitsregelungen missachten die betriebliche Wirklichkeit und gefährden auf diese Weise Arbeitsplätze sowie unternehmerische Existenzen.

Die Änderung der Flächentarifverträge ist allein Sache der Tarifpartner. Der Gesetzgeber muss aber durch Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Tarifvertragsgesetzes ergänzende Betriebsvereinbarungen ermöglichen und das Günstigkeitsprinzip modifizieren. Dadurch wären Abweichungen vom Tariflohn nach unten zulässig, wenn dementsprechend Arbeitsplätze gesichert werden. Auch die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss zur Disposition gestellt werden.

## **6. Existenzgründer fördern!**

Um NRW auf die Überholspur in die Wissensgesellschaft zu bringen, muss für wirtschaftliche Dynamik ein produktives und effizientes Umfeld geschaffen werden: Wissenstransfer ist durch Beseitigung bürokratischer Barrieren und Verbreiterung des Informationsflusses zu beschleunigen. Dazu gehört eine gezielte Nutzung der Bildungseinrichtungen als Form für Neugründungen. Es muss in NRW leichter werden, Wissen und Ideen in Erfolg und Arbeitsplätze umzusetzen. Existenzgründer müssen daher besser gefördert werden – vom Handwerker bis zum Internet-Händler.

Die F.D.P. fordert, dass diese Förderung in erster Linie nicht durch den Staat, sondern durch private Chancenkitalgeber geleistet wird. Die Liberalen wollen eine Neuorientierung der Existenzgründerförderung: weg vom Darlehen, hin zur Eigenkapitalbeteiligung. Wir werden die rechtlichen und steuerlichen Grundlagen schaffen, um privaten Investoren den Weg zur Förderung innovativer Unternehmen zu ebnen. Dazu gehören die Erleichterung der Fondsbildung für Risikobeteiligung und die Möglichkeit, Verluste aus solchen Beteiligungen mit anderen Einkommensteuerarten zu verrechnen. Auch die Prüfung der Erfolgsaussichten einer Neugründung muss den Anlegern überlassen werden. Solange keine öffentlichen Gelder in Anspruch genommen werden, darf auch keine Prüfung staatliche Stellen oder deren Banken erforderlich sein.

## Mobilität hat Vorrang in der Verkehrspolitik

Nordrhein-Westfalen liegt im Zentrum der wichtigsten europäischen Wirtschaftsregionen und muss dieses unschätzbare Standortvorteil durch ein hochwertiges und zeitgemäßes Verkehrsnetz nutzen. Mit den zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Baltikum, mittel- und südosteuropäischen Ländern und Westeuropa werden sich neue zentrale Verkehrswege herausbilden. Die geographische Lage Nordrhein-Westfalens als das „Transitland“ in Europa bietet die Chance, dass Bürger und Unternehmen von dieser Entwicklung profitieren. Dabei hat der Bürger aber auch Anspruch auf Schutz vor übermäßigen Beeinträchtigungen (z.B. Schutz vor Lärm und Abgasen).

Voraussetzung für die Nutzung der Chance und die Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen sind ausreichend viele Verkehrswege in einem baulich einwandfreien Zustand, die auch das wachsende Mobilitätsbedürfnis der Menschen befriedigen können. Hier gilt es, die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht als Verhinderungsinstrument, sondern sinnvoll als ökologisch orientiertes Steuerungsinstrument zu nutzen. Dieser Aufgabe ist die rot-grüne Landesregierung nicht nachgekommen. Das Bündnis aus SPD und Grünen hat sich in fast allen verkehrspolitischen Fragen blockiert und damit die Verkehrspolitik in den völligen Stillstand getrieben: Täglich stehen abertausende Menschen auf Nordrhein-Westfalens Straßen im Stau.

Staus vernichten nicht nur Volksvermögen – jährlich 200 Mrd. DM in Deutschland – sondern belasten sinnlos die Umwelt durch zusätzlichen Treibstoffverbrauch. Statt täglich neue Verkehrsblockaden durch Straßenrückbauten, Staus verursachende Ampelsteuerungen und Tempo-30-Zonen an ungefährlichen Stellen zu errichten, müssen die Städte und Kommunen in nachvollziehbarer Weise verpflichtet werden, jede Verkehrslenkungs- und Steuerungsmaßnahme auf die Ziele

- Verflüssigung des motorisierten Verkehrs
- und damit Verbesserung der Mobilität und der Umweltverträglichkeit zu überprüfen.

Die F.D.P. setzt sich für die Entwicklung und Einführung eines entsprechenden verbindlichen Empfehlungs- und Prüfungsinstruments für Verkehrsplanungen ein.

Ob der dringend erforderliche Ausbau von Eisenbahnlinien, Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen, Flughäfen und die Realisierung des Transrapid: Immer hat die grüne Ideologie vernünftige Lösungen blockiert. Statt die Bürger entscheiden zu lassen, welches Verkehrsmittel sie nutzen möchten, werden die Autofahrer in NRW zu unerwünschten Personen erklärt. Mit der rot-grünen „Ökosteuer“ wird den Menschen, die sich mit dem Auto oder dem Zug fortbewegen, eine weitere Steuer aufgebürdet, durch die das tägliche Leben immer teurer wird, ohne dass das Umweltziel erreicht wird.

Im Bereich der Verkehrsabgaben bestehen durchaus noch Möglichkeiten, durch intelligentes Umsteuern Anreize zum sparsamen Umgang mit Kraftstoff und zur Benutzung anderer Verkehrsmittel als den Pkw zu schaffen, ohne die Wirtschaft und die Privathaushalte durch Energieverteuerung zusätzlich zu belasten und Arbeitsplätze zu gefährden.

Deshalb fordert die F.D.P. die Abschaffung der Kfz-Steuer und die Umlegung des Aufkommens auf die Mineralölsteuer in zwei Stufen sowie die aufkommensneutrale

Umwandlung der Kilometerpauschale in eine vom Verkehrsmittel unabhängige Entfernungspauschale.

**Die F.D.P. setzt sich für die Mobilität der Bürger in NRW ein. Wir wollen keine Verkehrsbehinderungspolitik, sondern Verkehr durch moderne Technik schneller und umweltverträglicher gestalten.**

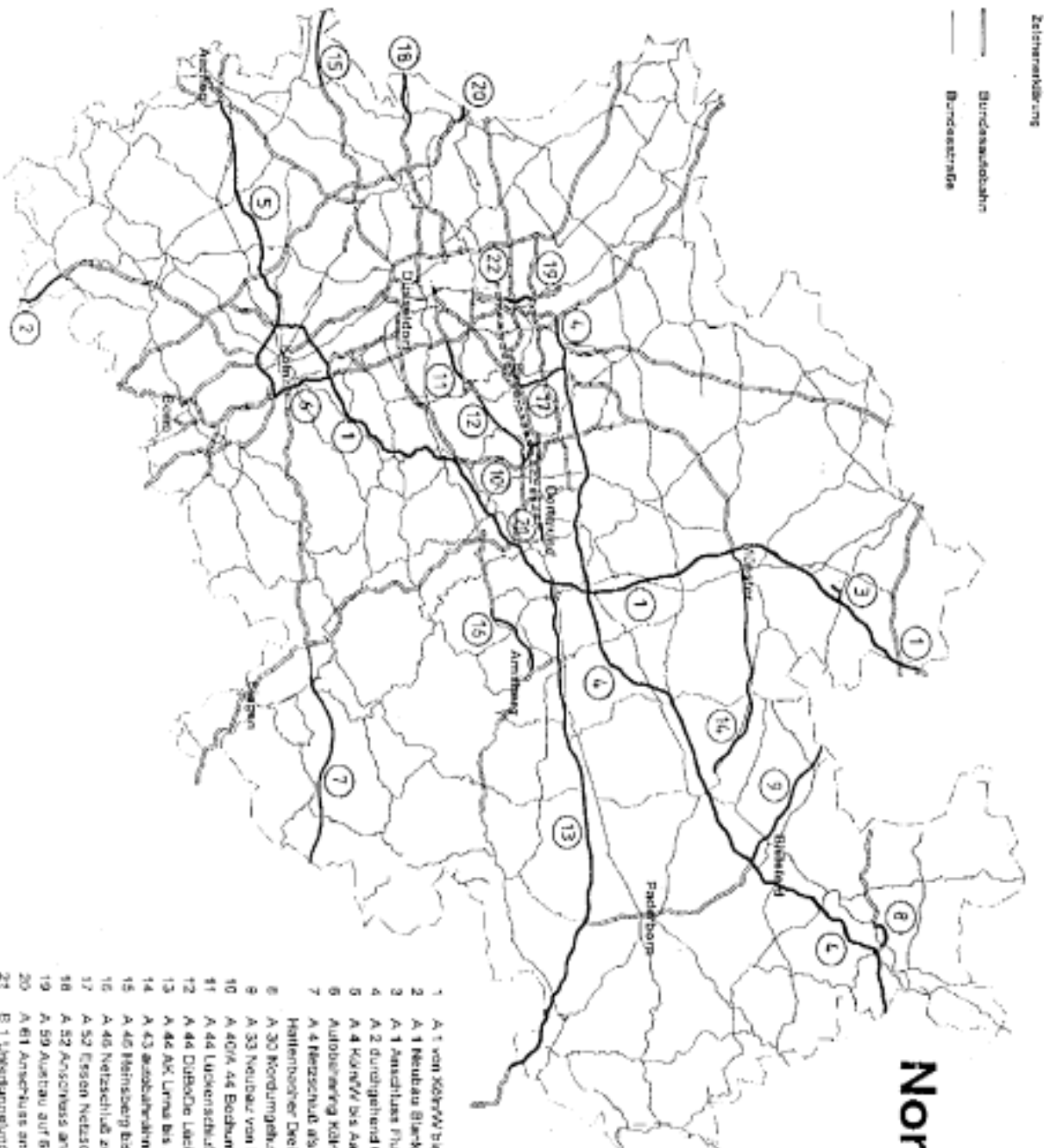
**Die Grünen stauen, wir Liberalen bauen!**

## **Straßen**

Wir fordern eine Wende in der NRW-Straßenbaupolitik. Für Ausbau und Unterhaltung der Landesstraßen muss unbedingt mehr Geld zur Verfügung gestellt werden, um dem Zustand immer schlechterer, baufälliger Straßen entgegen zu wirken. Denn gerade Unternehmen und Arbeitnehmer außerhalb der Ballungsgebiete und speziell im ländlichen Raum sind dringend auf funktionsfähige Straßen angewiesen.

Zunehmend werden jedoch die Steuern (Mineralölsteuer und Kfz-Steuer) für Deckungslücken der Haushalte verbraucht. Deshalb fordert die F.D.P., dass der Straßenbau und seine Finanzierung einer besonderen, weitgehend nach privaten Grundsätzen geführten Gesellschaft für die Bundesfern- und Landesstraßen übertragen wird. Die von der Bundesregierung geplante Lkw-Maut und die öffentlichen Mittel aus den Haushalten würden danach dieser Gesellschaft zufließen, die dafür Zug um Zug die Unterhaltung sowie die Erhaltung und den Neubau der Bundesfern- und Landesstraßen übernimmt.

Straßen sind die wichtigsten Verkehrsadern: sie stehen in der Bedeutung für Menschen und Güter auf Platz eins. Darum setzt sich die F.D.P. für die schnelle Verwirklichung und Fortschreibung der Ausbaupläne für Bundes- und Landestraßen ein; dabei gehören Pendlerparkplätze zum Ausbaustandard.



## Nordrhein - Westfalen

- 1 A 1 von Köln/IV bis LG Niederrhein durchgebaut Bspurg mit Opfen auf 8 Spuren
- 2 A 1 Neubau Blankenrath bis LG Rheinland/Platz
- 3 A 1 Anschluss Flughafen Mönchengladbach
- 4 A 2 durchgehend Bspurg, von Ertelerden 8 Spuren
- 5 A 4 Köln/IV bis Aachen Bspurg mit Opfen auf 8 Spuren
- 6 Autobahnring Köln Bspurg
- 7 A 4 Netzschluß als Auebach oder autobahnähnlicher Ausbau zwischen Komloach und Hellendorfer Dreieck
- 8 A 30 Nordumgehung Bad Oeynhausen (A 274, 30)
- 9 A 33 Neubau von LG Niederrhein bis A 2
- 10 A 40/A 44 Bochum Opel-Querspang
- 11 A 44 Lückenschluß zwischen Veltrop und Ratingen
- 12 A 44 Dübische Lückenschluß
- 13 A 44 AK Urena bis AK Kasel Bspurg
- 14 A 43 autobahnähnliche Weiterführung von Althner bis zur A 2 Rheda-Westerdeich
- 15 A 40 Meinsberg bis Aachen in den Niederlanden
- 16 A 46 Netzschluß zwischen Amberg und Nierne
- 17 A 57 Essen Netzschluß zwischen A 57 und A 42 in Turnetalge, Durchbau bis zur A 2
- 18 A 52 Anschluss an das niederländische Autobahnnetz
- 19 A 59 Ausbau auf 8 Spuren im Raum Duisburg
- 20 A 61 Ansefluss an das niederländische Autobahnnetz
- 21 B 1 Umgestaltung Dortmund ggf. als 1. Stufe für den Ruhr-Rhein
- 22 Ruhr-Rhein

## Schienenverkehr

Grundprinzip des liberalisierten Verkehrsmarkts in Europa ist der Wettbewerb. Staatliche Eisenbahnmonopole haben darin keinen Platz. Der Wettbewerb auf der Schiene ist Voraussetzung für die Verbesserung sowohl der Leistungsfähigkeit als auch der Qualität des Bahnreisens - also der Pünktlichkeit und des Services. Dies setzt voraus, dass

- im Bahnbereich Schienennetz und Zugbetrieb organisatorisch und unternehmensrechtlich getrennt werden, so dass es eine Betreibergesellschaft für das Netz und viele konkurrierende Anbieter für die Beförderung von Menschen und Waren gibt
- alle am Bahnmarkt interessierten Unternehmen (derzeitige Bahnunternehmen, Spediteure und Unternehmen, die große Gütermengen zu transportieren haben, wie z.B. Handelsketten) im Wettbewerb unter zumindest örtlich gleichen, am besten europaweit gültigen Regeln und Kosten die Schieneninfrastruktur nutzen können, wie es im Straßenverkehr der Fall ist
- die Deutsche Bahn AG echt privatisiert wird. Das heißt, das staatliche Kapital wird durch privates ersetzt. Das gilt für alle Geschäftsbereiche.

Wir fordern den Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes, wobei der Schallschutz für Mensch und Natur nicht vergessen werden darf, die Weiterentwicklung moderner Schienenverkehrstechnologie (z.B. Transrapid) und den Einsatz innovativer Container-Verladetechniken sowie des in Deutschland entwickelten „Cargo-Flitzers“. Damit kann die Bahn schneller und flexibler reagieren und besonders im Güterverkehr in Zukunft für eine Entlastung der Straßen sorgen.

Für die Beschleunigung des Schienenverkehrs und die Beseitigung unfallträchtiger Gefahrenstellen fordern wir die zügige Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge.

## Wasserstraßen

Das Wasserstraßennetz in Nordrhein-Westfalen ist für den Gütertransport unverzichtbar. Leider werden seine Möglichkeiten derzeit bei weitem nicht ausgeschöpft, obwohl es für eine erhebliche Entlastung der Straßen sorgen könnte. Die Vorteile der Binnenschifffahrt sind:

- freie Kapazitäten
- Zuverlässigkeit
- Sicherheit
- Geringer Energieverbrauch
- Wenig Emissionen
- Just-in-time-Fähigkeit, d.h. zeitnahe Produktion, Lieferung und Weiterverarbeitung von Produkten

Die F.D.P. in NRW tritt deshalb dafür ein, dass

- Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt, Binnenhäfen und Seehäfen deutlich enger zusammenarbeiten als bisher, um damit auch ihren Einfluss in der Europäischen Union sowie in Bund und Ländern zu stärken
- Die Wettbewerbschancen der Binnenschifffahrt verbessert und wettbewerbsverzerrende Subventionen und Genehmigungen unterbunden werden

- Chancengleichheit mit der Bahn sichergestellt wird, das heißt, dass sich die Trassenpreise der Bahn ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien richten und gegebenenfalls auch kartellrechtlich überprüft werden können.

## **Luftverkehr**

Die internationalen Verkehrsflughäfen sind unverzichtbar für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Sie müssen garantieren, dass die Menschen und Güter aus der Region heraus an jeden Ort der Welt befördert werden können. Die Flughäfen sind entscheidende Standortfaktoren vor allem im weltweiten Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen und damit um Arbeitsplätze. Für NRW sind deshalb die Interkontinental-Startbahnen in Köln/Bonn, Düsseldorf und Münster unverzichtbar. Sie müssen dem Bedarf jeweils angepasst und ausgebaut werden, wobei die fortschreitende Technik eine stärkere Umweltbelastung vermeiden wird. Dazu trägt auch eine einheitliche europäische Flugsicherung bei, die mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sein muss. Wir fordern, dass den berechtigten Belangen der Bürger nach effektivem Lärmschutz durch intelligente Lösungen und fortschrittliche Technik Rechnung getragen wird, beispielsweise durch wirksame Anreize für den Einsatz von „Flüsterjets“.

Wir unterstützen alle Bemühungen der Flughäfen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit im Tagflugverkehr. Im gleichen Zug soll der für den Erfolg des Flughafens Köln/Bonn zur Zeit unabdingbare Cargo-Nachtflugverkehr begrenzt werden. Wir fordern die Fluglärmkommission auf, endlich ihrer Verantwortung gegenüber der Region und den Bürgern gerecht zu werden und umgehend die neuen Abflugrouten festzulegen. Das erhebliche wirtschaftliche und verkehrliche Potenzial des Flughafens Köln/Bonn, insbesondere im Touristik- und Passagierverkehr muss gefördert und zur Stärkung des Wirtschaftsraums NRW genutzt werden. Land, Bund und Kommunen sollten ihre Beteiligungen privatisieren. Die Zusammenarbeit zwischen den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn muss verbessert werden.

Regionale Verkehrsflughäfen dienen als Zubringer zu internationalen Flughäfen und können damit Standortnachteile ländlicher Regionen weitgehend beseitigen. Paderborn/Lippstadt, Mönchengladbach und Dortmund müssen so ausgebaut werden, dass sie ihre volle Regionalflughafenfähigkeit erhalten. Wir gehen davon aus, dass in Dortmund die derzeit im Bau befindliche Ausbaustufe ausreicht. Der Geschäftsflughafen Essen/Mülheim muß erhalten bleiben.

Bei transnationaler Funktion von Flughäfen sollen attraktive Schienenverkehrsverbindungen verwirklicht werden.

Für den Flugplatz Laarbruch muss im Rahmen des Konversionsprogramms ein Euregionales Zentrum für Luftverkehr, Logistik und Gewerbe genehmigt werden.

## **Kommunale Verkehrspolitik**

Oberstes Ziel jeder kommunalen Verkehrspolitik muss es sein, die Lebendigkeit und Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden zu erhalten. Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Bundesland. Die bauliche Entwicklung in den Städten und Gemeinden muss dies begleiten. Für die F.D.P. ist und bleibt die Bildung von Wohneigentum ein wichtiges politisches Ziel. Wohneigentum erhöht die Lebensqualität und gibt Sicherheit für die Zukunft. Wir müssen also die Wünsche der Bürger nach Mobilität mit den Zielen



Stadtentwicklung, Verkehrssicherheit, Sicherheit der wirtschaftlichen Grundlagen der Innenstadtgeschäfte und Umweltschutz, insbesondere Lärm- und Immissionsschutz in Übereinstimmung bringen. Dazu zählen:

- oberste Priorität haben der zügige Verkehrsfluß und die Verkehrssicherheit; dafür müssen moderne Verkehrsleitsysteme möglichst schnell ausgebaut werden
- innerstädtische Ein- und Ausfahrtstraßen müssen dem Verkehrsaufkommen gewachsen bleiben – ein Rückbau ist der falsche Ansatz. Weniger Stau bedeutet weniger Emissionen, d.h. mehr Umweltschutz
- ein pauschales Tempo–30–Gebot für das gesamte Gemeindegebiet lehnt die F.D.P. ab
- ein zweckmäßiges und auf Dauer finanzierbares Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln dient der Mobilität und dem Umweltschutz
- Ortszentren und Fußgängerzonen müssen für den Autofahrer erreichbar sein und über ein ausreichendes Angebot an Parkplätzen in unmittelbarer Nähe verfügen.
- ideologische Präferenzen für ein bestimmtes Verkehrsmittel sind der falsche Weg; Landesförderung darf die kommunale Verkehrsplanung nicht ideologisch steuern.

### **Öffentlicher Personennahverkehr**

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) – privat wie öffentlich betrieben – steht keineswegs zwangsläufig im Gegensatz zum Auto. Ein großer Teil des Berufs-, Ausbildungs- und Einkaufsverkehrs kann vom ÖPNV abgewickelt werden, wenn

- Gewerbegebiete besser an den ÖPNV angebunden,
- Ausreichend „Park & Ride-Plätze“ mit direktem Übergang auf öffentliche Verkehrsmittel angeboten,
- Arbeits-, Einkaufs- und Schulzeiten weiterhin entzerrt werden.
- Und die Anbindung des ÖPNV an den Fernverkehr zeitlich besser koordiniert wird.

Der Personennahverkehr schöpft sein Potenzial heute nicht aus. Fahrgastinformationen, Netzgestaltung, Tarife und Fahrscheinkauf sind vielfach selbst in den großen Verkehrsverbänden des Landes beklagenswert kompliziert und unverständlich. Einsparpotenziale liegen brach.

Im ländlichen Raum stößt die Vorstellung eines flächendeckenden ÖPNV-Angebots im Stundentakt schnell an finanzielle Grenzen. Insbesondere ist die Übernahme von oder die Beteiligung an Nahverkehrsstrecken der Bahn durch die Kommunen auf mögliche Folgekosten zu überprüfen, wobei streng auf die Effizienz des Mitteleinsatzes zu achten ist.

Die Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) liegt heute bei kommunalen Zweckverbänden, die auch für die Defizite aufkommen müssen. Die F.D.P. fordert, Schienenersatzverkehr (Schnellbus, Regio-Bus, Taxi-Bus usw.) in gleicher Weise zu fördern wie den SPNV. Nur so erhalten die Zweckverbände die Entscheidungsfreiheit, welche Verkehrsmittel sie aus Kostengründen einsetzen wollen.

Die F.D.P. fordert außerdem eine langfristige und verlässliche Finanzierung der Zweckverbände, um deren Aufgaben im ÖPNV mit Zuschüssen für Investitionen und Betriebskosten zu unterstützen.

Car-sharing-Angebote schlagen eine ideale Brücke zwischen dem Individualverkehr und dem ÖPNV und sollten daher erweitert und gefördert werden.

## **Fahrradverkehr**

Im Fahrradverkehr liegen große, bisher weitgehend ungenutzte Möglichkeiten für eine besonders umwelt- und menschenfreundliche Mobilität. Wie Beispiele aus den Niederlanden aber auch aus Münster zeigen, kann der Fahrradverkehr erheblich zur Entlastung der Innenstädte beitragen. Entsprechend ist die Infrastruktur für das Rad fahren auszubauen und eine wesentlich bessere Verzahnung mit dem ÖPNV anzustreben, insbesondere auch im Hinblick auf die Transportmöglichkeiten für Räder in Bussen und Bahnen. Die F.D.P. unterstützt deshalb

- den Ausbau des Radwegenetzes
- die Schaffung von geeigneten Abstellplätzen an Bahnhöfen mit Überwachung gegen Diebstahl
- die Einrichtung von Servicestationen
- die Ausweisung von Fahrradstraßen mit Geschwindigkeitsbeschränkungen für Pkw
- die Beteiligung von Fahrradfachleuten an den Planungen

## **Zukunftsprojekte**

NRW als High-Tech-Land muss auch in der Verkehrspolitik innovative und wegweisende Ideen und Projekte verfolgen. Schon immer waren es die Pioniere, die die Entwicklung vorangetrieben haben. Die F.D.P. setzt sich nachdrücklich ein für

- einen privat finanzierten und betriebenen Ruhrtunnel mit einer bis zu 10-spurigen Autobahn von Dortmund bis Düsseldorf, vor allem zur Entlastung des Fernverkehrs, der das Ruhrgebiet passiert.
- Automatisierte „Rohrpost-Transportsysteme“, über die Güter und Waren – z.B. von Güterverteilzentren am Stadtrand – in die Innenstädte verfrachtet werden.
- Ein Pilotprojekt „Verkehrstelematik“, bei dem in einer Großstadt in NRW der Verkehr flächendeckend über Telematik gesteuert wird, wobei nach und nach die Umlandgemeinden einbezogen werden. Die Verkehrsträger sind mittels moderner Kommunikationstechniken benutzerfreundlich zu vernetzen.
- Den Einsatz von Zeppelin für den Güterschwertransport.

# Für eine modernSozial- und Familienpolitik

## Familienpolitik und soziale Projekte brauchen Eigenverantwortung!

Liberaler Sozialpolitik baut auf Eigenverantwortung und Solidarität. Damit das Netz der sozialen Sicherheit auch in Zeiten knapper Kassen finanziert werden kann, muss das Geld stärker auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden; Zuwendungen müssen ohne große Umwege den Empfänger direkt erreichen und hier zielsicher wirken. Besonders effektiv kann das mit dem F.D.P. - Vorhaben Bürgergeld erreicht werden. Nicht die Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen, sondern die Hilfe zur Selbsthilfe und die gestärkte Eigenverantwortung müssen im Vordergrund stehen. Auch wer nicht aus eigener Kraft für seinen Lebensunterhalt sorgen kann, muss ein selbstbestimmtes Leben führen können. In diesem Sinne setzen wir uns für eine Modernisierung der sozialen Hilfen ein.

Eine tragende Säule im Sozialsystem ist das ehrenamtliche Engagement. Nur mit ehrenamtlicher Hilfe durch Verwandte, Nachbarn, Freunde in Vereinen, Parteien, Organisationen und Verbänden oder Selbsthilfegruppen kann ein Sozialsystem funktionieren. Ehrenamtliches Engagement zu fördern und auch angemessen finanziell zu unterstützen ist deshalb grundlegender Bestandteil liberaler Sozialpolitik.

## Stärkung der Erziehungskraft der Familien

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Beruf und Familie ist für Liberale die Grundlage einer modernen Familienpolitik. Der Haus- und Familienarbeit gebührt die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie der Erwerbsarbeit. Frauen und Männer müssen sich in der Ehe oder Partnerschaft frei entscheiden können, welchen Bereich sie während eines bestimmten Lebensabschnittes vorrangig übernehmen wollen.

Ehe und Familie sind die tragenden Säulen unserer Gesellschaft, aber immer mehr Ehen und Partnerschaften scheitern. Alleinerziehenden Müttern und Vätern muß es möglich sein, den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder durch qualifizierte Erwerbsarbeit zu sichern, ohne die erzieherische Arbeit vernachlässigen zu müssen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Grundvoraussetzung dafür. Die F.D.P. NRW setzt sich daher ein für:

- mehr Teilzeitarbeitsplätze auch im Management und bei den obersten Führungspositionen
- flexiblere Arbeitszeiten und Job-Sharing
- den Ausbau von Telearbeitsplätzen.

Selbst die Normalfamilie hat zunehmend Probleme die traditionellen Aufgaben selbstverständlich zu übernehmen und zu leisten. Liberale Familienpolitik stellt sich diesen Problemen und ist um ideologiefreie Familienhilfe bemüht. Das Ja zum Kind und das Ja zur Familie muß jeder selbst sprechen. Es erleichtern ist Anliegen liberaler Politik. Die Flexibilisierung der Ferientermine, damit mehr Familien zu kostengünstigen Zeiten eine Urlaubsfahrt außerhalb der Hauptsaison antreten können, ist zu erwirken.

## **Kinderlärm ist Zukunftsmusik**

Die Belange von Kindern müssen in allen Bereichen der Politik, vor allem aber in der Schul-, Verkehrs- und Wohnungspolitik stärker berücksichtigt werden. Das gesellschaftliche und politische Engagement muss besonders jungen Familien gelten.

Die gesellschaftlichen Realitäten ändern sich, darauf muss gerade eine moderne Familienpolitik eingehen. Der Anteil von Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil nimmt immer mehr zu, in Westdeutschland beträgt er 15,7%, in Ostdeutschland sogar 25,9%. Auch zeichnet der gesellschaftliche Trend eindeutig die Entwicklung hin zur Ein-Kind-Familie vor. Soziales Lernen außerhalb der Familie gewinnt so immer stärker an Bedeutung. Dies muss in einer modernen Gestaltung von Kinderbetreuungsmaßnahmen, von Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für Jugendliche und von Beratungseinrichtungen für Kinder und Eltern berücksichtigt werden.

### **Daher fordern wir:**

- Betreuungsangebote vor allem für Kinder unter drei Jahren und für schulpflichtige Kinder.
- Ein vernetztes Angebot von Beratungsstellen, sozialpädagogischer Familienhilfe und Tagesförderungen für Kinder und Jugendliche mit besonderen erzieherischen Beeinträchtigungen, um die Fremdunterbringung in Heimeinrichtungen zu vermeiden.
- Den weiteren Ausbau von Jugendparlamenten und Jugendbeiräten, um den Aufbau von staatsbürgerlichen Bewusstsein zu unterstützen.
- Eine effektive Familienberatung, in der auch die Drogenprävention sowie die gezielte sexuelle und gesundheitliche Aufklärung bei Jugendlichen unterstützt wird.
- Ein Vorrang der Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien statt in Heimen ist strikt am Kindeswohl zu orientieren.
- Ein Gewaltschutzgesetz nach österreichischem Vorbild, dass dafür Sorge trägt, dass die Täter und nicht die Opfer familiärer Gewalt den Wohnraum verlassen müssen.
- Die Errichtung und Erhaltung öffentlich geförderter Häuser für Frauen und Kinder, die auf Grund ihrer häuslichen Situation (Gewalt) Schutz und Zuflucht suchen.

### **Verantwortungsgemeinschaften fördern**

Ziel liberaler Gesellschaftspolitik muss es sein, jede Art von Verantwortungsgemeinschaft zu fördern und zu unterstützen, da sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft leistet.

Die F.D.P. in NRW setzt sich für eine Bundesratsinitiative zur Einrichtung des Rechtsinstituts „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ ein, sollte der Gesetzentwurf der F.D.P. im Bundestag weiterhin blockiert werden. Die Liberalen in NRW unterstützen Initiativen, die das Selbstbewusstsein von Lesben und Schwulen fördern und sich für Toleranz gegenüber verschiedenen Lebens- und Partnerschaftsformen einsetzen. Die bevormundende Politik des NRW-Sozialministeriums lehnt die F.D.P. jedoch ab. Statt dessen sollen die vom Land bereitgestellten Fördermittel über die landesweiten Netzwerke der Initiativen unmittelbar den jeweiligen Projekten vor Ort zugute kommen.

### **Aktiv und selbstbestimmt im Alter**

Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt stetig zu. Dieser tiefgreifende demographische Wandel und auch die veränderten Erwartungen und Ansprüche älterer Menschen stellen neue Anforderungen an die Politik. Wir wollen ein

Miteinander, kein Gegeneinander der Generationen. Der Dialog zwischen den Generationen soll gefördert werden, damit Erfahrungen weitergegeben und Vorurteile abgebaut werden. Der dritte Lebensabschnitt ist voller neuer Möglichkeiten und Chancen. Verantwortung kennt keinen Ruhestand. Und Eigenverantwortung lässt sich nicht in Rente schicken. Ältere Menschen wollen und brauchen keine Sonderrechte, sondern Akzeptanz ihrer Lebensleistung. Sie sollten ihr Leben so lange wie möglich selbst in der eigenen Wohnung gestalten können. Um diese Lebensqualität zu gewährleisten bedarf es zum einen altersgerechtem Wohnraum, zum anderen bedarf es altersgerechter Angebote zur Unterstützung einer selbständigen Lebensführung: Angebote in Sport, Kultur und Bildung mit der Möglichkeit zu Kontakten und Begegnungen.

#### **Wir fordern darum:**

- Die Förderung altengerechten Wohnens – und dies auch im sozialen Wohnungsbau.
- Den Ausbau eines privaten Systems ambulanter und mobiler Hilfen
- Die Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von Pflegeeinrichtungen in der Altenpflege.
- Die Kombination der Pflege in Einrichtungen mit rehabilitierenden Maßnahmen.
- Die Weiterentwicklung der häuslichen und aktivierenden Pflege.
- Den Ausbau und die Weiterentwicklung fachqualifizierter geriatrischer und gerontopsychiatrischer Angebote.
- Die Unterstützung von Eigeninitiativen im sportlichen, handwerklichen, kulturellen und künstlerischen Bereich.

#### **Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung**

Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich im Umgang mit behinderten Menschen. Behinderte Mitmenschen brauchen die Hilfe aller, insbesondere aber den Schutz und die Hilfe des Staates. Wichtig ist die wohnortsnahe, stationäre, teilstationäre und ambulante Betreuung der Behinderten. Ziel muss es sein, dass Behinderte in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und doch eine das Selbstbewusstsein stärkende, ihren Möglichkeiten entsprechende Tätigkeit ausüben können. Die Integration, das menschliche Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Menschen, ist zu fördern. Dazu gehört das frühzeitige Miteinanderleben in Kindergarten, Schule und Beruf.

Um behinderten Menschen ein größeres Maß an Selbstbestimmtheit und Eigenverantwortung zu gewähren, setzt sich die NRW-F.D.P. für ein Modellprojekt ein, bei dem Menschen mit Behinderungen nicht wie bisher Sachleistungen, sondern ein persönliches Budget erhalten, mit dem sie sich individuell die Dienstleistungen kaufen, die sie benötigen. Dieses Budget teilt sich auf in zwei Geldbeträge: Der erste ist ein sogenanntes „fixes Budget“, das nach eigener Einschätzung verwendet werden kann. Der zweite Geldbetrag richtet sich nach dem persönlichen Bedarf des Leistungsempfängers und dessen Behinderung. Mit diesem Betrag können Empfänger spezielle behinderungsbedingte Ausgaben selbständig decken, über die sie allerdings Rechenschaft abzulegen haben.

Ein entsprechendes holländisches Modell hat gezeigt, dass das System des persönlichen Budgets bei den Menschen, die es in Anspruch nehmen, zu einer hohen Zufriedenheit führt und gleichzeitig einen Spareffekt erzeugt.

## **Mehr Eigenverantwortung im Gesundheitswesen**

Die aktuelle rot-grüne Gesundheitspolitik wird eine voraussehbare Begrenzung ärztlicher Leistungen für die Patienten zur Folge haben. Art und Dauer ärztlicher und zahnärztlicher Behandlungen, der Standard in den Krankenhäusern und die Zuteilung von Medikamenten werden sich danach nicht mehr hauptsächlich nach qualitativen Kriterien richten, sondern maßgeblich nach dem finanziellen Aufwand. Die für die Krankenbehandlung benötigten finanziellen Mittel müssen sich aber an der medizinischen Notwendigkeit und nicht an planwirtschaftlichen Größen wie starren Budgets orientieren. Um dieses Ziel zu erreichen setzt die F.D.P. unter der Voraussetzung einer spürbaren Steuerentlastung auf:

- eine Stärkung der Eigenverantwortung
- eine Beschränkung des Leistungskataloges der gesetzlichen Krankenversicherung auf das medizinisch Notwendige
- erweiterte Wahlmöglichkeiten des Versicherungsschutzes durch die Versicherten selbst (Beitragsrückerstattung, freiwilliger Selbstbehalt nach dem Kasko-Versicherungsprinzip verbunden mit Beitragssenkungen, u.ä.)
- mehr Kostentransparenz durch Umwandlung des Sachleistungs- in das Kostenerstattungsprinzip
- sozial angemessene Selbstbeteiligung einschließlich Härtefallregelungen zum Schutz der Einkommensschwachen und
- verstärkten Wettbewerb der Krankenkassen bei Erweiterung der Angebotspalette.

## **Psychiatrische Versorgung verbessern**

Die Zahl der psychisch kranken Menschen, die auf soziale Hilfen angewiesen sind, wächst. Noch immer leben psychisch Kranke im Abseits der Gesellschaft, obwohl viele nach entsprechender Behandlung wieder in der Lage sind, selbständig zu leben und einer Berufstätigkeit nachzugehen. Sie benötigen dafür entweder längerfristig oder nur vorübergehend Unterstützung, um die Hürden des täglichen Lebens nehmen zu können. Gerade in den letzten Jahren ist die psychiatrische Versorgung in Nordrhein-Westfalen zunehmend durch Mangel an Therapieplätzen und völlig überfüllte Einrichtungen gekennzeichnet.

### **Wir fordern darum:**

- Die Weiterentwicklung und den Ausbau der psychiatrischen Versorgung durch ortsnahe Einrichtungen.
- Die Einrichtung psychiatrischer Abteilungen an bestehenden Kliniken durch Umwidmung von Krankenhausbetten.
- Die Aufstockung ambulanter Hilfsangebote an bestehenden Sozialstationen durch Fachkrankenschwestern für Psychiatrie.
- Schaffung von vollstationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

## **Für ein Umdenken in der Drogenpolitik**

Sucht ist eine ernstzunehmende Krankheit. Verhinderung von Sucht steht an erster Stelle liberaler Drogenpolitik. Die bisherige Drogenpolitik ist von den Ergebnissen her als gescheitert anzusehen. Grund dafür ist das falsche Verständnis der Ursachen sowie der daraus resultierende Umgang mit Drogenproblemen. Suchtkranke dürfen nicht als Kriminelle diskriminiert werden. Die Kriminalisierung verstärkt den Kreislauf von Sucht und sozialer Ausgrenzung.

**Daher fordern wir:**

- Den Ausbau eines differenzierten Therapieangebots, das einen umgehenden Therapiebeginn innerhalb von 24 Stunden gewährleistet.
- Die Verlängerung der Therapiedauer auf 12 Monate.
- Die Schaffung und Sicherstellung ausreichender Betreuungsangebote für Drogenkranke vor, während und besonders nach der Therapie.
- Die langfristige Umsetzung umfassender Präventionsstrategien und ideologiefreier Aufklärung vor allem in den Schulen, die Vermittlung von Informationen über Wirkungen und Nebenwirkungen von Suchtmittelmissbrauch sowie über Maßnahmen zur Verhinderung bleibender Schäden.
- Die gezieltere Ausbildung von Ärzten durch das Einrichten spezieller Lehrstühle für Suchtkrankheiten.
- Die Weiterentwicklung von Substitutionsprogrammen sowie die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige zu Überbrückungs- und Therapiezwecken unter strikter medizinischer Aufsicht und zur Vermeidung von Beschaffungskriminalität.
- Neue Wege in der Drogenpolitik, die Suchtkranken helfen, aus dem Teufelskreis der Beschaffungskriminalität auszusteigen, statt sie zu kriminalisieren - wie die Einrichtung von Fixerstuben und die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige.

# **Innere Sicherheit stärken Rechtsstaatlichkeit wahren!**

## **Kriminalität mit Nachdruck bekämpfen**

Persönliche Freiheit und Sicherheit sind Grundvoraussetzungen für den inneren Frieden in einer Gesellschaft. Kriminalität bedroht Bürgerrechte – das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und das Grundrecht auf Eigentum. Es ist Aufgabe des Staates, die innere Sicherheit zu gewährleisten und Kriminalität mit allen rechtsstaatlichen Mitteln wirksam zu bekämpfen.

Derzeit versehen rund 41.000 Polizisten ihren Dienst in Nordrhein-Westfalen. Nach dem Ziel, das sich die Innenministerkonferenz der Länder schon 1974 gestellt hat, soll das Verhältnis Polizisten pro Einwohner 1:400 betragen. In Nordrhein-Westfalen liegt es bei 1:436 (im Jahr 1998) und wird sich unter den jetzigen Voraussetzungen durch Planstellenwegfall und Stellenumwandlungen bis 2005 auf 1:453 verschlechtern. Der Anteil der ausschließlich in der Kriminalitätssachbearbeitung befaßten Beamten lag in den letzten Jahren bei nur 17 Prozent. Im Jahresdurchschnitt häuft ein Polizeibeamter rund 170 Überstunden an, Tendenz steigend.

Die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten ist zwar rückläufig. Aber es ist alarmierend, dass die Gewaltkriminalität in den vergangenen Jahren um rund 18 Prozent zugenommen hat. Dies gilt vor allem für Raubdelikte sowie gefährliche und schwere Körperverletzung. Gerade diese Delikte sind es, die die Freiheit des Einzelnen grundlegend gefährden. Das kann eine freiheitliche Gesellschaft auf keinen Fall hinnehmen. Darum darf die Bekämpfung der Kriminalität nicht nachlassen, sondern muss konsequent unter ständiger Beobachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzipes verstärkt werden. Freiheit ist für Liberale nicht nur ein Programmsatz, sie muss auch empfunden, gelebt und verteidigt werden.

## **Prävention gemeinsam mit den Bürgern**

Die konsequente Bestrafung der Täter stärkt das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat und ist für die wirksame Kriminalitätsbekämpfung unverzichtbar. Diese kann aber nicht erst mit dem Strafrecht beginnen: Es müssen zunächst alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, um Straftaten zu verhindern. Vorbeugung ist dabei nicht nur Aufgabe der Polizei, sondern aller Bürgerinnen und Bürger. Wo soziale Netzwerke in Takt sind, ist die Kriminalität gering.

Prävention bedeutet nämlich vor allem, die vielfältigen Ursachen von Kriminalität - wie Perspektivlosigkeit, Verlust allgemein akzeptierter Wertvorstellungen, Nachlassen der Erziehungsfähigkeit von Familien, Integrationsprobleme von Aussiedlern und Ausländern - entschlossen anzugehen. Dies muss im Elternhaus, im Kindergarten und in der Schule beginnen. Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für Kinder und Jugendliche zu verbessern ist darum ein Muss.

Um der wachsenden Kinder- und Jugendkriminalität zu begegnen, sind soziale Maßnahmen in Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Eltern unverzichtbar. Im Konfliktfall müssen Erziehungshilfen auch gegen den Willen der Eltern angeordnet werden können, das letzte Mittel ist die Heimunterbringung. Dabei sind die Liberalen bereit, auch neue Formen der



geschlossenen Heimunterbringung, die sich im Ausland bewährt haben, in Deutschland zu erproben. Die gesetzlichen Erziehungsmittel für Kinder und Jugendliche, die noch nicht oder nur eingeschränkt strafmündig sind, müssen konsequent und frühzeitig angewandt werden, damit sie greifen können.

Auch eine Drogenpolitik, die neben der entschiedenen Bekämpfung der organisierten Drogenkriminalität und des internationalen Rauschgifthandels wirksame Hilfsprogramme für die Süchtigen anbietet, ist ein Mittel der Prävention und kann die Beschaffungskriminalität spürbar verringern.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, dass Bürger, Polizei und die Jugend- und Sozialämter der Kommunen gemeinsam mit dem Ziel „mehr Sicherheit“ zusammenarbeiten sollten. Soweit sich in der Praxis gezeigt hat, dass deren Arbeit durch Datenschutzbestimmungen beeinträchtigt wird, tritt die F.D.P. für deren Überprüfung ein. Datenschutzbestimmungen sollen eine vernünftige Vorsorge und Betreuung von kriminell gefährdeten Kindern und Jugendlichen nicht behindern. Darum sollte der leitende Polizeibeamte an den Sitzungen des Gemeinde-Hauptausschusses teilnehmen können und dem Rat jährlich einen Sicherheitsbericht erstatten, in dem nicht nur die örtliche Kriminalität dargestellt wird, sondern auch die Zusammenhänge zwischen Kriminalität und den kommunalen Entscheidungen - besonders im Bereich der Stadtplanung, der Sozial-, Jugend- und Sportpolitik und der kulturellen Angebote. Bürgervereine und andere im kommunalen Bereich organisierte Gruppen oder Gremien müssen enger über die Polizeibeiräte mit der Polizei kooperieren.

Notwendige Eigenvorsorge der Bürger, etwa der Einbau von Sicherheitseinrichtungen an Haus und Wohnung, muss durch bürgernahe Beratungsstellen der Polizei unterstützt und sollte durch wirtschaftliche Anreize, zum Beispiel von den Versicherungen, gefördert werden.

Verbrechensprävention, gerade bei Einbrüchen, kann durch erhöhte Aufmerksamkeit im Rahmen der Nachbarschaftshilfe und durch erhöhte Präsenz, auch durch Sicherheitsdienste, erreicht werden.

### **Strafrecht konsequent anwenden**

Wo Prävention versagt, bleibt nur das Strafrecht. Damit Strafe ihren Sinn entfalten kann und ihre Wirkung nicht verfehlt, muss die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Deshalb muss das beschleunigte Strafverfahren voll ausgeschöpft werden, so dass die Straftäter innerhalb von acht bis zehn Tagen vor Gericht gestellt werden und damit die Reaktion der Gesellschaft unmittelbar zu spüren bekommen.

Bei den Gerichtsverfahren sind die Interessen der Opfer weiter in den Mittelpunkt zu rücken. Der Täter-Opfer-Ausgleich bietet eine geeignete Methode, mit Hilfe eines neutralen Vermittlers zwischen Beschuldigtem und dem Geschädigten zu vermitteln, die Interessen des Opfers zu vertreten und dem Täter die Folgen seiner Tat zu verdeutlichen. Dieses Verfahren ist verstärkt anzuwenden.

Der Opferschutz und die Opferbetreuung müssen verbessert werden. Nur so wird das allgemeine Gerechtigkeitsgefühl gestärkt.

Die Entkriminalisierung und damit Verharmlosung von sogenannten Bagatelldelikten lehnt die F.D.P. ab. Ladendiebstahl ist kein Kavaliersdelikt: Jedes gestohlene Stück muß von ehrlichen Kunden mitbezahlt werden. Wer Falschparken und selbst geringfügige Geschwindigkeitsüberschreitungen gnadenlos ahndet, aber Straftaten wie Land- und Hausfriedensbruch sowie Sachbeschädigung nicht verfolgt, provoziert das Rechtsbewußtsein der Bürger und beschädigt es. Strafverfahren im Bereich der Diebstahlskriminalität sollten regelmäßig mit der zivilrechtlichen Verurteilung zum Schadenersatz verbunden werden, damit die Bestohlenen nach dem Strafverfahren nicht noch einen Zivilprozeß führen müssen.

Bei ausländischen Straftätern ist die Möglichkeit zu schaffen, über die Ausweisung nach den ausländerrechtlichen Bestimmungen bereits im Strafverfahren zu entscheiden. Auch dies dient der Verfahrensbeschleunigung und trägt der Tatsache Rechnung, dass die Abschiebung häufig die wirkliche Strafe für den Täter ist.

Mit dem Strafurteil allein ist es noch nicht getan. Innere Sicherheit verlangt auch einen wirkungsvollen Strafvollzug. In NRW duldet die Landesregierung, dass bei überfüllten Haftanstalten und im Verhältnis zu wenig Strafvollzugsbediensteten die Sicherheit der Bürger gefährdet wird. Wir Liberalen fordern deshalb einen schrittweisen Abbau des Stellenfehlbestandes im Strafvollzugsdienst und die Verbesserung beruflicher Perspektiven der Vollzugsbediensteten. Die hochmotivierten und gut ausgebildeten Strafvollzugsbediensteten müssen wieder in die Lage versetzt werden, den Straftätern, die resozialisierungswillig sind, die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu ermöglichen. Denn jeder resozialisierte Straftäter ist ein Beitrag zur inneren Sicherheit.

### **Polizeiarbeit effektiver und bürgernäher gestalten**

Effektive Vorbeugung und Strafverfolgung setzen gut ausgebildete, gut motivierte und personell wie sachlich gut ausgestattete Polizei- und Justizbehörden voraus. Die F.D.P. setzt sich deshalb für die Modernisierung der Polizei- und Justizverwaltungen und für eine bessere technische Ausstattung der Polizei ein. Die Polizei muss sich wieder auf ihre Kernaufgaben Verbrechensvorbeugung und –bekämpfung konzentrieren. Zur Erleichterung der notwendigen Schreibearbeit ist neben der Einführung von Sprachsystemen auch an die Einstellung von reinen Schreibkräften zu denken.

Die F.D.P. will eine bürgernahe Polizei, die auf der Straße präsent ist, anstatt am Schreibtisch Aktenberge abzubauen. Die Polizei muss darum von Aufgaben entlastet werden, die nicht originär in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. So sollten Aufgaben der Gefahrenabwehr wieder von den Ordnungsbehörden übernommen werden. Außerdem ist es unerlässlich, die Beurteilungsregelungen bei der Polizei unverzüglich zu überarbeiten. Sie müssen künftig die Arbeitsergebnisse anerkennen, leistungsgerechte Entlohnung und bessere berufliche Perspektiven gewährleisten. Sie müssen insgesamt transparent und vor allem für die Beamten nachvollziehbar sein. Hierdurch wird die Motivation der Beamten gesteigert und damit auch ihre Leistungsbereitschaft.

Die zunehmende Internationalisierung der Kriminalität erfordert vermehrt Milieu-, Kultur- und Sprachkenntnisse der Polizeibeamten. Deshalb müssen mehr geeignete Beamte aus den Zuwanderern, besonders der zweiten und dritten Generation, angeworben und Ausländer aus anderen Ländern der Europäischen Union in den Polizeidienst aufgenommen werden. Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität muss die internationale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessert werden.

Der Staat hat aus gutem Grund das Gewaltmonopol inne. Das muss auch so bleiben. Deshalb ist die F.D.P. gegen die Übertragung polizeilicher Aufgaben auf private Sicherheitsunternehmen. Wo private Sicherheitsunternehmen bei der Wahrnehmung nicht hoheitlicher Aufgaben tätig werden, müssen hohe Anforderungen an die Qualifikation ihrer Bediensteten gestellt und deren Befugnisse klar und eindeutig gesetzlich festgeschrieben sein.

Selbstverständlich unterstützen die Liberalen unternehmerische Initiativen zur privaten Übernahme nicht hoheitlicher Aufgaben.

### **Unabhängige Justiz als Garant rechtsstaatlichen Handelns**

Die Justiz leistet eine der wenigen Kernaufgaben des Staates, sie gewährt Recht. Dies umfaßt nicht nur die rechtliche Überprüfung staatlicher Machtausübung, sondern ist auch Grundlage jeder erfolgreichen Wirtschaftsordnung. Eine gut funktionierende Justiz ist auch ein Standortfaktor. Um diese Kernaufgabe zu gewährleisten, ist es erforderlich, dass die politische Verantwortung im Kabinett durch einen eigenen Minister übernommen wird. Die F.D.P. wird sich daher auch weiterhin allen Bestrebungen widersetzen, das Justizministerium in andere Ressorts einzugliedern. Bereits zur Verdeutlichung des Gewaltenteilungsprinzips gehört die politische Verantwortung für die Polizei und die gesamte Eingriffsverwaltung einerseits und die Justiz andererseits in verschiedene Ressorts. Diese Auffassung entspricht liberalem Verfassungsverständnis.

Der gegenwärtige Status der Generalstaatsanwälte in Nordrhein-Westfalen als politische Beamte widerspricht der Stellung der Staatsanwaltschaft als Organ der Rechtspflege, das nur Recht und Gesetz verpflichtet ist. Es gehört zu den Pflichten der (General-)Staatsanwälte, das Amt politisch neutral und unabhängig von sachfremden Einflüssen wahrzunehmen. Ein politischer Beamter hat demgegenüber die Aufgabe, die Einhaltung der politischen Linie der Regierung in der Verwaltungspraxis zu sichern. Der Generalstaatsanwalt ist daher aus dem Kreis der politischen Beamten, die jederzeit abgelöst werden können, zu streichen.

Strafverfahren dürfen nicht durch die Polizei eingestellt werden, dies ist vielmehr Aufgabe der Staatsanwaltschaften und Gerichte. Überlegungen, Ladendiebstähle oder sonstige Taten von geringerem Gewicht durch Polizeiverfügung zu ahnden, widerspricht nicht nur dem Gewaltenteilungsprinzip, sondern bagatellisiert auch Unrecht und führt damit zu einem weiteren Werteverfall in unserer Gesellschaft.

Wir haben Ihnen vorstehend sechs Politikfelder ausführlich dargestellt. Natürlich haben wir auch zu anderen Themen Beschlüsse und Aussagen in gedruckter Form bzw. online vorliegen, so unter anderem:

**Perspektiven für die Polizei in NRW**

**Liberales Kulturmanifest**

**Schulische Förderung Hochbegabter**

**Liberales Grundkonzept zur Neuordnung und Weiterentwicklung des Schulwesens**

**Mit dem Auto in die Stadt**

**Energie und Umwelt, Fortschritt für NRW**

**Öko – Audit für NRW**

**Mediengesellschaft am Wendepunkt**

**Einfach, niedrig und gerecht. Das Steuersystem für morgen**

Fragen zu den aufgeführten Themen, zur aktuellen politischen Diskussion, zur Organisation und zu Terminen richten Sie bitte an den :

F.D.P. Landesverband NRW  
Postfach 32 03 48  
40418 Düsseldorf

Telefon: 0211 – 497090  
Telefax: 0211 – 4970950  
Email: [fdplvnrw@t-online.de](mailto:fdplvnrw@t-online.de)

Stellungnahmen zu den aktuellen politischen Themen sowie Termine und Informationen über die NRW - F.D.P. und unsere Orts-, Kreis- und Bezirksverbände finden Sie außerdem im Internet unter: <http://www.fdp-nrw.de>

Ab 1. März finden Sie uns auch unter: <http://www.nrwbrauchttempo.de>